

POLIZEI REPORT

G 46983

Nr. 42

Juni 2011

*Auch bei Sonnenschein
lässt uns die Landesregierung
im Regen stehen!*

BEZIRKSGRUPPEN SÜDOSTHESSEN UND OSTHESSEN IN DER
GEWERKSCHAFT DER POLIZEI, POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V.
UND DER PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der
Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
Polizeisozialhilfe Hessen e.V. und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach, Fulda,
Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg
PAST Langenselbold, PAST Bad Hersfeld, PAST Petersberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-
arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

A. Jochum, St. Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen
V.i.S.d.P. Jörg Schumacher
Pestalozzistraße 13, 63179 Oberthausen

GdP BZG Osthessen

V.i.S.d.P. Ewald Gerke, Rehweg 2, 36041 Fulda

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort		
	Seite 5	
Osthessen: Tag der offenen Tür: "Hochinteressant"		Seite 31
	Seite 10	
Veranstaltungshinweise BZG Osthessen: (Familien)-Radtour ins Schlitzer Land		
Herbstfahrt in den Schwarzwald/Elsass		Seite 33
	Seite 13	
KG HEF-ROF: Frühlingsfahrt nach Dresden / Schießfest 2011 - Gut gelungen		Seite 35
KG Fulda: Dieter Kümmel im Ruhestand		Seite 38
	Seite 15-19	
KG MKK: Jahreshauptversammlung 2011		
	Seite 21	Seite 41
KG FD: Neuer Chef in Hilders		
	Seite 23	
BZG SOH: Skifreizeit in Kirchberg/Tirol		Seite 43
	Seite 24	
KG OF: Jahreshauptversammlung in Oberthausen		Seite 45
	Seite 27	
KG Vogelsberg: Pst Lauterbach in neuen Räumen		Seite 45
	Seite 28	
Leserbrief "Mehr Polizei auf die Straße"		Seite 47
	Seite 29	
KG PAS† HEF: Eine Institution geht in den Ruhestand		
		Seite 31
KG HEF-ROF: Berthold Schäfer unerwartet verstorben		
KG MKK: Urgestein Manfred Bache im Ruhestand		Seite 33
Neue Dienstpistole P 30 von Heckler & Koch		Seite 35
GdP-Forderungen an den Landeshaushalt		Seite 38
PP SOH: Glückwunsch zur Beförderung		Seite 41
KG MKK: Ingrid Meisner-Hoppe beendet Berufsleben		
Herbstausflug nach Heidelberg		Seite 43
JUNGE GRUPPE: Über 1.850 Dienstausweismäppchen verteilt		Seite 45
FIFA-Frauen-Weltmeisterschaft 2011		Seite 45
Datenschutz ist Grundrecht		Seite 47

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

Wir fordern: „Kein Sonderopfer der hessischen Beamtinnen und Beamten und die zeit- und inhaltsgleiche Anpassung der Beamtenbezüge zum 1. April 2011!“

Die Landesregierung von CDU und FDP will wieder einmal den hessischen Beamtinnen und Beamten ein Sonderopfer aufbürden. Durch die derzeit gute Konjunkturlage sprudeln die Steuereinnahmen in einer seit langem nicht dagewesenen Höhe. Die öffentlichen Haushalte erfahren Einnahmen in Milliardenhöhe, von der alle Finanzminister und –experten vor einiger Zeit nicht einmal zu träumen wagten. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt fortwährend auf Rekordniveau. Das mögliche, drohende Horrorszenario „Staatsbankrott“, das uns die Politiker allenthalben, insbesondere während der Finanzkrise in düsteren Farben ausgemalt haben, scheint seine magische Wirkung verloren zu haben oder sind es vielleicht die drohenden Staatsbankrotte in Griechenland, Portugal oder Irland, die die Bundes- und Landespolitiker in Angst und Schrecken versetzen? Wir wissen es nicht!

Am 5. April einigten sich die Tarifparteien (Landesregierung und Gewerkschaften) auf ein akzeptables Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst in Hessen. Bereits wenige Wochen vorher hatte die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) ein ähnliches Tarifergebnis abgeschlossen. Mit dem Austritt Hessens aus der TdL vor einigen Jahren und dem eingeschlagenen Sonderweg müssen insbesondere die Gewerkschaften darauf achten, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hessen nicht unaufholbar der Einkommensentwicklung hinterher hinken. Bei den Beamtinnen und Beamten könnte dies Realität werden.

Am Rande der Tarifverhandlungen war zu vernehmen, dass man eine 1:1-Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten beabsichtige. Unter dem Damoklesschwert der kürzlich durch Volksentscheid beschlossenen Schuldenbremse rechneten die Fachleute mit einer zeitlichen Verschiebung der Übertragung um maximal wenige (3) Monate. Ein Zeitraum, der trotz erheblicher Bauschmerzen hingenommen werden kann.

Mitte Mai zeigte die CDU/FDP geführte Landesregierung wieder einmal ihr wahres Gesicht! Innenminister Boris Rhein verkündet in der Presse, dass das Tarifergebnis nicht inhalts- und zeitgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden soll. So sollen die Beamtenbezüge nicht wie im Tarifvertrag vorgesehen zum 1. April 2011, sondern erst zum 1. Oktober 2011 (also um 6 Monate verzögert) angepasst werden. Auf die tariflich vereinbarte Einmalzahlung von 360 Euro soll offenbar ganz verzichtet werden. Für 2012 ist dann sogar eine verspätete Übertragung von sieben (7) Monaten (Oktober statt März) vorgesehen. Was mit den 73.000 Versorgungsempfängern/innen werden soll ist derzeit gänzlich unklar. Das ist keine 1:1-Übertragung, wie sie der Innenminister Rhein behauptet! Das ist falsch!

Ich möchte weiterhin in Erinnerung rufen, dass durch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit, den Wegfall von Urlaubsgeld, die Abschmelzung der Sonderzuwendung und den steigenden Inflationsraten in den letzten 8 Jahren ca. 17 Prozent Einkommensverluste von den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten getragen wurden.

Auf den Punkt gebracht! *Nach Berechnung des Abgeordneten Schaus in der letzten Landtagssitzung sieht die Rechnung für Beamte/-in. In diesem Fall beträgt die Erhöhung für dieses Jahr (um 1,5 %) dann 44,47 Euro, und für nächstes Jahr bei der Erhöhung um 2,6 % wären es 78,24 Euro mehr.*

Wenn man berücksichtigt, dass auch die Einmalzahlung von 360 Euro aus dem Tarifbereich nicht auf den Beamtenbereich übertragen werden soll, dann heißt das letztendlich, dass die Beamten alleine dadurch im Jahr 2011 monatlich 45 Euro weniger erhalten als vergleichbare angestellte Beschäftigte.

De facto bedeutet das, dass die CDU/FDP-Landesregierung nur die Hälfte der Steigerung, also 0,75 Prozent für die Beamten vorsieht – und das bei einer Preissteigerungsrate von 2,4 Prozent. Ist das die reale 1:1-Übertragung auf die hessischen Beamten?

Für die Schuldenbremse, die jetzt auf dem Rücken der 106.000 Beamtinnen und Beamten in Hessen ausgetragen wird, werden rechnerisch bis 2012 etwa 125 Millionen Euro eingespart. Das ist nämlich rechnerisch die Gesamtsumme, die eingespart wird, indem die Übertragung auf die Beamten nicht im April dieses Jahres 1:1 vorgenommen wird, sondern erst im Oktober, und im nächsten Jahr nicht zum März, sondern auch erst zum Oktober, inklusive der Einmalzahlung. Was ist das tagtägliche Lob der Politik wert, wenn bei der Übertragung des letzten Tarifabschlusses die materielle Wertschätzung völlig ausgeblendet wird und die Polizeibeamtinnen und -beamten mit rund 1.500 Euro Einkommensverlust bestraft werden.

Für die GdP ist und bleibt die zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf alle Polizeibeamtinnen und -beamten und auf die Versorgungsempfänger/-innen weiter auf der Tagesordnung.

Was wird uns noch alles zugemutet?

Wenn ausschließlich nur die Besoldungsübertragung auf die Beamtinnen und Beamten auf der Horrorliste der Schlechtigkeiten auf der gewerkschaftspolitischen Tagesordnung stehen würde, wären wir froh.

Aus den Amtsstuben der Ministerien und der Fraktionen sickern immer mehr Informationen um die beabsichtigten Veränderungen (Verschlechterungen) im Rahmen des zweiten Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes durch. Auch dabei ist letztendlich das Monateinkommen der Polizeibeamtinnen und -beamten weiter in Gefahr. Ob es sich um Regelungen des Besoldungs-, des Laufbahn-, des Versorgungsrechts und/oder der Beihilfe sind, steht eines für alle fest: Unterm Strich betrachtet hat der Polizeibeamte, die Polizeibeamtin zukünftig (deutlich) weniger im Portemonnaie! Entwürfe, aus denen man die Summe aller Verschlechterungen entnehmen kann, liegen noch nicht in der Gänze vor. Diese nicht gewollte Transparenz ist auch ein Zeichen dafür – dass uns wieder einmal, was den Geldbeutel betrifft ein Tsunami treffen wird.

Erste Ansätze zur Milderung der A10er-Problematik

Noch unter Innenminister Volker Bouffier wurde ein dreijähriges Hebungsprogramm vereinbart, um die A10er-Problematik zu mildern. Insgesamt werden in den kommenden drei Jahren über 220 Beförderungstellen geschaffen. Das Geld dafür kommt nicht, wie man annehmen könnte vom Finanzminister – nein, wir zahlen es selbst durch die Verringerung der A10er-Stellen und erhöhen gleichzeitig den Anteil der A9er-Stellen.

Die erste Rate wird im Oktober 2011 beförderungswirksam. Bleibt zu hoffen, dass auch die Übergeleiteten davon etwas abbekommen. Eines steht für die GdP fest: "Personalfehlplanungen der letzten Jahre können dadurch nicht ausgeglichen werden. Dafür muss der Innenminister zusätzliches Geld in die Hand nehmen!

Politiker-Entlohnung - Anmerkung:

Ende Mai tickerte eine Meldung durch die Medien, die uns nicht schlecht staunen lies: „2,8 Prozent mehr für Abgeordnete“. Die 118 Abgeordneten des hessischen Landtags erhalten künftig mehr Geld. Um 2,8 Prozent steigen die Diäten und die Kostenpauschale zum 1. Juli. Der Grundbetrag für jeden Landtagspolitiker liegt dann bei 6843 Euro pro Monat. Landtagspräsident Norbert Kartmann (CDU) hat diese Zahlen jetzt in einer Drucksache des Parlaments mitgeteilt.

6.843 Euro an Diäten erhalten die Abgeordneten des hessischen Landtags vom 1. Juli an. Bisher betrug die Höhe dieser „Grundentschädigung“ 6.657 Euro. 3.412 Euro zusätzlich erhalten der Landtagspräsident und die Fraktionsvorsitzenden. Für die Vizepräsidenten des Landtags gibt es 1.706 Euro zusätzlich. Auch diese Beträge sind um 2,8 Prozent höher als zuvor. Auf 548 Euro steigt der Betrag für die monatliche steuerfreie Kostenpauschale, aus der die Abgeordneten Fahrten, Büromaterial und ähnliches bezahlen. Bisher gab es dafür 533 Euro.

Der CDU-Abgeordnete Wintermeyer verwies darauf, dass die Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst und in der chemischen Industrie höher ausgefallen seien als die Steigerung für die Abgeordneten. Sein FDP-Kollege Leif Blum sagte: „Wir haben extra dieses System gewählt, um uns nicht von einer allgemeinen Entwicklung abzukoppeln.“ Mit dem SPD-Politiker Günter Rudolph sind sie sich einig, dass das hessische Verfahren „eine gerechte Lösung“ darstellt. Eine jährliche Diätendebatte im Landtag hält Rudolph nicht mehr für erforderlich, „sonst hätte man sich nicht auf solch ein Verfahren einigen müssen“.

Fazit: Wasser predigen und Wein trinken! Unter diesen Umständen ist die Diskussion um die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten/-innen blanker Hohn.

Bis zur nächsten Ausgabe

Euer



Jörg Schumacher
BZG-Südosthessen



Ewald Gerke
BZG-Osthessen

Letzte Meldung: Änderung der Beihilfeverordnung

Die Landesregierung plant eine Reform der Hessischen Beihilfeverordnung.

Das Entwurfspapier liegt uns vor. Darin ist u.a. Vorgesehen die Beihilfeleistung für freiwillig in der Gesetzlichen Krankversicherung (GKV) ganz zu streichen.

Von dem Streichen sind wieder einmal fast ausschließlich Polizeibeamte/-innen betroffen (ca. 90% aller Betroffenen).

Wollen wir das WIDERSPRUCHSLOS hinnehmen? NEIN !!!



„IBIS“ steuert das Zielobjekt an, um die SEK-Beamten zielgenau am Einsatzort absetzen zu können. Das Final ist die Festnahme des Täters (Bild unten).

Polizeihubschrauber vom Typ: Eurocopter EC 145, „Rufname: IBIS“ mit Beamten des SEK aus Kassel kreiste über dem Kasernengelände, in dem auch das Polizeipräsidium und die Fuldaer Polizei untergebracht sind. Die Beamten der Spezialeinheit aus Kassel seilten sich vom Dach des Präsidiums ab und zeigten den Zuschauern ihr professionelles Handeln in solchen Krisensituationen.

Unmittelbar neben dem Szenario lassen sich Kinder als Spiderman oder Schmetterling anmalen. Während der Hubschrauber abdreht und sich die Erwachsenen mit weit aufgerissenen Augen noch lange ungläubig anschauen, treten die Kinder bereits wieder kräftig in die Pedale der Kettcars, lassen Luftballons steigen, malen, basteln und staunen. Gibt es nicht! Gibt es doch - beim Tag der offenen Tür in Fulda.

Neben der Besichtigung der Polizeigebäude mit Einsatzzentrale, Erkennungsdienst oder das Ausbildungszentrum durfte auch die Polizeistation Fulda, die die größte in Hessen ist, nicht fehlen. Gewahrsamszellen, Fuhrpark sowie die Einsatzzentrale, standen bei den Besuchern auf Liste.



Ein Höhepunkt jeder Vorführung bei der Polizei sind die Diensthunde. Die Beamten, unter der Leitung von Reinhard Spies zeigten mit ihren Diensthunden, ihr ganzes Können.

Polizeipräsident Alfons Hoff eröffnete zur Mittagszeit offiziell den Tag der offenen Tür und begrüßte die angereisten Ehrengäste und die vielen Besucher aus nah und fern. In seiner Ansprache erinnerte PP Hoff daran, dass vor zehn Jahren über den Standort Fulda heftig diskutiert wurde. Heute ist das Polizeipräsidium Osthessen aus der Region nicht mehr wegzudenken und eine unverzichtbare Säule für die Sicherheit in der Region.

Erinnern wir uns: Eröffnet werden sollte das neue „Polizeipräsidium Osthessen“ durch den damaligen Präsidenten Gero Kolter bereits am 1. Januar 2001. Da die Umbau- und Sanierungsarbeiten in den ehemaligen „Downs Barracks“ jedoch erst im Herbst 2001 abgeschlossen

Tag der offenen Tür: „Hochinteressant“

wurden, bezog man übergangsweise ein Gebäude auf dem ehemaligen Bundesgrenzschutz-Gelände in Fulda. Nach dem Umzug in die jetzige Liegenschaft wurde schnell klar, dass das Polizeipräsidium vergrößert werden musste. Nach der Fertigstellung der neuen Gebäude ging der Gebäudekomplex im März 2001 in Betrieb.



Landespolizeivizepräsident Klüber (links) ließ es sich nicht nehmen dem PP Osthessen einen Besuch abzustatten. Er wird von PP Hoff (rechts) begrüßt.

Bei herrlichem Sommerwetter bereitete es den Besuchern viel Freude ein Tag (freiwillig) bei der Polizei zu verbringen. Neben den vielen Attraktionen rund um die Polizei, war auch bestens für das leibliche Wohl gesorgt. Die GdP-Kreisgruppe ließ es sich nicht nehmen aktiv mitzuarbeiten. Neben einem Infostand standen die GdP-Mitglieder im Getränkestand „ihren Mann“. GdP-Info-Material und Werbeartikel waren bereits nach kurzer Zeit vergriffen. Dies zeigt, wie angesehen die GdP in der hiesigen Bevölkerung ist.

Am Ende eines gelungenen, aber auch anstrengenden Tages waren sich alle einig: „Ein gelungenes Polizeifest!“

Text: Ewald Gerk
Fotos: Marcus Hahn/eg



Unsere Kolleginnen vom Kinderschminken. Bei diesen Temperaturen eine wahrlich schweißtreibende Angelegenheit.

Die Einsatztrainer des PP Osthessen, hier Hendrik Firnong, hatten alle Hände voll zu tun.



Unter den Gästen konnte Moderator Manfred Knoch (rechts) auch den bekannten Bundesligatrainer Dragoslav Stepanovic ("Läbbe gehd weider") begrüßen.



Die "Frühsschicht" am GdP-Getränkestand. Besonders freuten wir uns über den Besuch des HPR-Vorsitzenden Jens Mohrherr, der tatkräftig mitanpackte.



ZK 50 zeigte den Besuchern, welchen Gefahren und Fallen sie beim surfen im Internet ausgesetzt sind. V.l.: Christine Ehrig und Wieland Schmitt.



Fahrzeugpark der HBR

MÜLLER

Fenster · Türen · Innenausbau GmbH

- Holz- und Kunststoff-Fenster
- Haustüren
- Innentüren
- Wintergärten
- Möbel- und Innenausbau
- Trockenbau



36391 Sinntal-Weichersbach
Hirschwaldstraße 13
Telefon (0 66 64) 2 32
www.mueller-sinntal.de

Über 100 Jahre
Eingetragener
Meisterbetrieb
Gegründet 1894



Der Polizeihubschrauber vom Typ: Eurocopter EC 145.

BZG Osthessen



Am GdP-Infostand war immer was los. Bereits nach kurzer Zeit waren alle Infomaterialien und Werbematerialien vergriffen.



Das Polizeimotorrad begeistert jung und alt.



Hasso Hofmann (links) und Ralf Flohr (rechts) waren für die Planung verantwortlich. Sie haben dafür gesorgt, dass alles reibungslos lief.



Impressionen / Momente vom Tag der offenen Tür.



Gut ausgebildet.



Termin: Radtour ins Schlitzer Land



Am **Sonntag, 07. August 2011**, veranstaltet die Bezirksgruppe Osthessen eine Fahrrad-Stern-Fahrt nach Schlitz.

Die Teilnehmer aus allen Kreisgruppen **treffen sich um 12:00 Uhr** in Schlitz am Marktplatz mit anschließender Stadtbesichtigung etc.. Im Anschluss Weiterfahrt zum Grillplatz in Hutzdorf zum Familien-Grill-Nachmittag.

Die Fahrt nach Schlitz organisieren die Kreisgruppen in eigener Zuständigkeit.

Informationen zu Abfahrtszeiten, Radstrecke etc. erhaltet Ihr bei Euerem Kreisgruppenvorsitzenden.

Ewald Gerk

Bezirksgruppenfahrt in den Südwesten

In diesem veranstaltet die GdP osthessen wieder eine **Zwei-Tages-Fahrt**. Diesmal geht es in den **Südwesten Deutschlands und ins Elsass**.

Hinfahrt:

Auf der Hinfahrt werden wir den östlichen Teil des Schwarzwaldes bereisen. Witterungsabhängig werden wir unterschiedliche Ziele ansteuern. Ob nach Heilbronn, Tübingen oder gar Stuttgart werden wir, sobald wir die Wetterlage abschätzen können, festlegen und dort Besichtigungen etc. Planen. Konstanz und der Rheinfall bei Schaffhausen sind ebenfalls mögliche Ziele.

Übernachtung:

Die Übernachtung ist in Todtmoos gebucht. Der Abend ist unser "Osthessenabend" mit diversen Überraschungen.

Rückfahrt:

Die Rückfahrt führt uns durch die nördliche Schweiz und den Elsass. Auch hier werden wir interessante und sehenswerte Zwischenstopps einlegen.

Termin:

Samstag, 29. Oktober 2011 bis

Sonntag, 30. Oktober 2011

Abfahrt ist um Samstag, 06:00 Uhr im PP. (Zustiege nach Absprache möglich). Ankunft in Fulda am Sonntag gegen 20:00 Uhr.



Teilnehmer:

GdP-Mitglieder mit Ehe-/Lebenspartner/-in.

Kosten:

Die Kosten belaufen sich auf 95 Euro/Person inkl. Besichtigungen.

Auskunft / Anmeldung bei:

Ewald Gerk, **Tel.: 0152-5612 1910**,
eMail: gdp-osthessen@online.de

Michaela Winkler, **Tel.: 0661/105-1048**.

Ewald Gerk
GdP-Osthessen

www.peugeot.de

AKTIONS-FAHRZEUG!

Jetzt besonders günstig!

Abb. enthält Sonderausstattung.

BARPREIS:

€ 17.990,00

Für den PEUGEOT 308

Jetzt mit attraktivem **KUNDENVORTEIL:**

€ 3.265,00¹

¹ Ersparnis beim Kauf des Aktionsfahrzeuges gegenüber der UVP des Herstellers für ein vergleichbar ausgestattetes Serienmodell. Die Angebote gelten für Privatkunden bei Vertragsabschluss bis 31.05.2011.

Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts 9,1; außerorts 4,9; kombiniert 6,4; CO₂-Emission in g/km: kombiniert 147; gemäß RL 80/1268/EWG

DER PEUGEOT 308 SW FAMILY 120 PS

- 6 Airbags
- Klimaautomatik 2-Zonen
- ZV mit Funkfernbedienung
- Rücksitzbank geteilt umklappbar
- Audioanlage WIP Sound, MP3-fähig, Bluetooth
- Einparkhilfe hinten, Alufelgen 16"

PEUGEOT 308

PEUGEOT
MOTION & EMOTION

LUDWIG SCHLICHTING GMBH

63594 HASSELROTH • HAILERER STRASSE 4 • TEL.: 06055/931930 • WWW.PEUGEOT-SCHLICHTING.DE

Frühlingsfahrt nach Dresden zum Dixieland-Festival

Bei herrlichem Frühlingswetter fanden sich die Mitglieder der KG Hersfeld-Rotenburg am 22.05.11 vor der Polizeidirektion ein. Mit einer schon am frühen Morgen tollen Stimmung brach die Reisegruppe zu einer Dreitagesfahrt in die sächsische Landeshauptstadt auf.

Der Kreisgruppenvorsitzende, Adelbert Steinberg und sein Team hatten dafür gesorgt, dass es auf der Fahrt über die A 4 in Richtung Sachsen nicht zu Hunger- oder Durstattacken im Bus der Fa. Becker-Reisen kam. So wurde auf einer Rastanlage das altbekannte und bewährte GdP-Frühstück eingenommen.

In Dresden angekommen, wurde die Gruppe durch den GdP-Kreisgruppenvorsitzenden Dresden-Stadt, Klaus-Peter Fink, begrüßt. Er ließ es sich nicht nehmen, trotz seiner noch nicht ganz ausgeheilten Fußverletzung, die Hersfelder Kolleginnen und Kollegen in das Gebäude der PD Dresden zu bitten.

Bei dem Gebäude der PD Dresden handelt es sich um ein historisches Gebäude aus dem Jahr 1902, das wieder vorzüglich für den Betrieb einer Polizeidienststelle re-



Vor der Polizeidirektion Dresden.

noviert wurde.

Hier trafen wir auch auf den Kollegen Lutz Wodrasch. Lutz erklärte uns die Polizeigeschichte der Stadt Dresden in hervorragender humorvoller Art. Selbst einige Kriminalfälle aus der Gründungszeit der Polizei



Reisegruppe.

Dresden wusste er zu berichten. Nach dieser Erklärung führte uns Lutz zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt Dresden. Wir durften in einem 2½-stündigen Rundgang alle historischen und eindrucksvollen Gebäude der Landeshauptstadt erleben.

Ob Zwinger, Frauenkirche, Brühlsche Terrassen, Fürstenzug oder Semperoper, für jede Sehenswürdigkeit hatte Lutz eine humorvolle Erklärung parat. Da er selbst jahrelange Erfahrungen im Personen- und Objektschutz hat, konnte er auch über Begegnungen mit gekrönten Häuptern oder Regierungschefs berichten.

Als kleines Dankeschön überreichte Adelbert Steinberg ein „nordhessisches Frühstück“ an Lutz Wodrasch. An dieser Stelle sei ihm ein dickes Dankeschön zugerufen.

Den ersten Abend beschloss die Reisegruppe im Gasthaus Am Waldschlösschen mit einem herrlichen Blick über das beleuchtete Dresden. Als kleines I-Tüpfelchen durften wir zwei Feuerwerke anlässlich der Schiffsparade im Rah-

men des Dixieland-Festivals erleben.

Am zweiten Tag war Kultur angesagt:

Schloss Pillnitz und die Bastei waren die ausgesuchten Ziele der Reisegruppe. Der Höhepunkt der Fahrt fand am Abend statt.

Auf dem Schaufelraddampfer Dresden der sächsischen Dampfschiffahrtsgesellschaft nahmen wir gegen 19.30 Uhr Platz und erlebten eine Fahrt nach Pillnitz und zurück nach Dresden. Eine Dixieland-Band aus Stade machte ordentlich „Dampf“ und brachte die Mannschaft richtig in Schwung. Hier sei angemerkt, dass Dresden während dieses Festivals ausgebucht war. Tausende von Menschen erlebten bei drei herrlichen Tagen das Dixieland-Festival Dresden.



Die Dresdner Semperoper.

Die Dampfer, die auf der Elbe unterwegs waren, konnten die Menschenmassen kaum beherbergen.

Am 3. Tag wurde die Heimreise angetreten.

Hier war jedoch wieder Kultur angesagt. Das Schloss Moritzburg wurde ausgiebig besichtigt. Wer wollte, gönnte sich noch eine Kutschfahrt durch das Umland des Schlosses und wurde dafür mit einigen Kleinoden bedankt.

Nach einer Pause auf einem Rastplatz an der A 4 traf die Gruppe gegen 18.00 Uhr wieder wohlbehalten in Bad Hersfeld ein.

Die Mitglieder der Reisegruppe waren sich schon im Bus einig, dass im nächsten Jahr wieder eine solche, gut organisierte Fahrt, durchgeführt werden soll.



Gute Laune.

Adelbert Steinberg dankte den Mitgliedern für ihre gute Laune und ihre Pünktlichkeit, ohne die diese Fahrt nicht möglich war. Ein dickes Dankeschön auch an den Chef und Fahrer, Peter Becker, der uns in sei-

ner souveränen Art in diesen drei Tagen betreute.

Adelbert Steinberg
KG Hersfeld-Rotenburg

Schießfest 2011 - Gut gelungen!



Viele Kolleginnen und Kollegen der PSt Bad Hersfeld, sowie zahlreiche Ehrengäste sind zum diesjährigen Schießfest gekommen.

Bei strahlendem Wetter konnte der Leiter der PSt Bad Hersfeld, Klaus Troch, über 120 Gäste beim diesjährigen Schießfest Ende Mai begrüßen. Für ihn war es das letzte Schießfest, das er als aktiver Beamter leiten konnte, da er im September in den Ruhestand geht.

Die Veranstaltung fand (wieder) traditionsgemäß auf dem Gelände der Schützengilde Bad Hersfeld im Jägersgraben statt. Klaus Troch und seinem Team war es gelungen, eine Veranstaltung zu organisieren, die höchstes Lob bei allen Teilnehmern erlangte.

Er konnte neben den Bediensteten der PSt Bad Hersfeld auch viele



Pensionäre, Vertreter der Staatsanwaltschaft Fulda, der Finanzkontrolle „Schwarzarbeit“, der Feuerwehr, der Zentralen Leitstelle, der Rettungshundestaffel, der Bundeswehr und viele andere Gäste begrüßen. Auch EPHK Metz, Leiter S.u.O. der PSt Bad Salzungen, ließ es sich nehmen am Schießfest teilzunehmen.

Der Bürgermeister der Stadt Bad Hersfeld, Thomas Fehling, zeigte ebenso seine Verbundenheit mit der Polizeistation wie der Leiter der Poli-

zeidirektion, Klaus Wittich. Ltd.PD Günther Voß besuchte als Vertreter des PP OH das Fest der Hersfelder und fand lobende Worte für die tolle Organisation der Veranstaltung.

In einem spannenden Wettkampf zeigten die Schützen ihre Schießleistungen zunächst bis 13.00 Uhr. Nach einer Mittagspause mit einer kräftigen Stärkung wurde der Wettkampf gegen 15.00 Uhr fortgesetzt. ...



Klaus Troch (rechts) überreicht dem Sieger des Schießwettbewerbs Wilfried Leiter den Wanderpokal.

Das Team um PHK Mertelmeyer betreute die Schützen und ermittelte um 17.30 Uhr das Ergebnis:

- | Den Wanderpokal der PSt Bad Hersfeld und den Ehrenpreis des



Gespräche.

Landrates gewann POK Wilfried Leiter, DEG Bad Hersfeld.

- | Die Auswertung dieses Preises verlangte hohe Präzision, da POK' in Lucia Hüllermeier die gleiche Ringzahl erreichte. Ihre „10“ lag nur wenige Zehntelmilli-

meter neben der „10“ von Wilfried Leiter.

- | Als Sieger des Preisschießens wurde Pensionär Dieter Neusüb ermittelt.
- | Den Pokal für das Gästeschießen errang ein Soldat der Bundeswehr des Standortes Rotenburg den GdP-Überraschungspreis erhielt POK Klawonn, der auch die Fotodokumentation für das Schießfest übernommen hatte.

Viele Gespräche zwischen den Anwesenden rundeten das Schießfest der PSt Bad Hersfeld, dass in den frühen Abendstunden endete, ab. An dieser Stelle sei allen gedankt, die zum Gelingen des Festes beigetragen haben.

Adelbert Steinberg
KG HEF-ROF

Dieter Kümmel in den Ruhestand verabschiedet



Ende Mai wurde der Leiter der DEG Hünfeld, PHK Dieter Kümmel, im gewünschten Rahmen in den Ruhestand verabschiedet.

Nach einer kaufmännischen Lehre bei der Fa. Siebert in Hünfeld, nach dem Grundwehrdienst und einer weiteren Tätigkeit im Einzelhandel in Bad Hersfeld trat Dieter Kümmel als 22-jähriger am 1.10.1973 in den Dienst bei der damaligen V. Abt. der Hessischen Bereitschaftspolizei. Nach der Ausbildung, einschließlich der noch zu erwerbenden Fachschulreife, wurde er ab

Herbst 1976 beim PP Frankfurt am Main eingesetzt. Bereits nach einem guten Jahr erfolgte die Versetzung in die damals V. HBP-Abteilung nach Kassel als Gruppenführer. Nach dem anschließenden Studium versah Dieter Kümmel ab Februar 1985 seinen Dienst beim 16. Revier in Frankfurt. Ab 1987 folgten verschiedene Verwendungen als Dienstgruppenleiter bei den Polizeistationen Hessisch-Lichtenau, Rotenburg/Fulda, Hünfeld und Bad Hersfeld.

Im Jahre 2001 wurde Dieter Kümmel beim neu geschaffenen PP Osthessen als Sachgebietsleiter E 13 eingesetzt. Im Januar 2005 erfolgte die Umsetzung zur Polizeistation Hünfeld, und übernahm das

Amt des DEG-Leiters und gleichzeitig Abwesenheitsvertreters des Stationsleiters.

Abschließend bedankte sich PHK Kümmel bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere bei Frau Dietz und Frau Klewitz, die im Besonderen dazu beigetragen haben, dass die Zeit von über sechs Jahren in der DEG Hünfeld ein besonders schöner Abschnitt im Polizeidienst war.

Die osthessische GdP wünscht Dieter Kümmel für den nun beginnenden Ruhestand alles Gute.

gdp

Eingetragene Lebenspartnerschaft

Familienzuschlag für Beamte

In Hessen steht Beamten und Beamtinnen, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, seit dem 1. Juli 2009 ein Anspruch auf Familienzuschlag der Stufe 1 zu.

Verwaltungsgericht Gießen,
Urteil vom 1. Februar 2011 – 5 K 1336/09.GI

Jahreshauptversammlung 2011 im Tümpelgarten

In Anwesenheit von Landrat Erich Pipa, Polizeipräsident Roland Ullmann, Polizeidirektor Hans Knapp und weiteren zahlreichen Ehrengästen eröffnete der alte und neue Vorsitzende der GdP im Main-Kinzig-Kreis, Peter Happ, die diesjährige Jahreshauptversammlung, die traditionell im Nachbarschaftshaus im Tümpelgarten in Hanau durchgeführt wurde. Mit nahezu 100 Teilnehmern war der Versammlungsraum wie immer gut gefüllt. Anders als sonst war jedoch der Jahresrückblick des Vorsitzenden. Die übliche Brandrede in Richtung Behördenleitung fiel aus. Wörtlich führte Peter Happ aus: „Während im zurückliegenden Jahr



Gut besuchte Jahreshauptversammlung.

blemfeldern, Personalmisere und Perspektivenlosigkeit im Main-Kinzig-Kreis. Die Personalmisere wurde beispielsweise verbessert durch die Zuweisung von Planstellenkontingenten, die durch der Behörde zugewiesene Wachpolizisten in Richtung Main-Kinzig verlagert worden waren. Die bisher oft angemahnte Perspektivenlosigkeit für junge Führungskräfte war etwas aus der Kritik geraten, da im zurückliegenden Jahr nahezu alle im Main-Kinzig-Kreis frei gewordene Führungspositionen erstmals von leistungsstarken Kandidaten/-innen aus dem MKK besetzt werden konnten und das bei gleichzeitigem Verzicht auf die umstrittenen Castingverfahren. So orientierte sich der Rückblick von Peter Happ an den zahlreichen sonstigen Aktivitäten der Kreisgruppe. Nach dem Vortrag des langjährigen Kassierers, Peter Born, wurde der gesamte Vorstand einstimmig entlastet. Nach den reibungslosen Neuwahlen, in denen der angekündigte Generationenwechsel fortgeschrieben wurde, setzt sich der geschäftsführende Vorstand künftig wie folgt zusammen: Ingrid Meisner-Hoppe, die viele Jahre im Vorstand angehörte und nunmehr in die „Freistellungsphase“ ihre Altersteilzeit ein-

Vorsitzender: **Peter Happ**

Stv. Vorsitzender: **Markus Hüschentbett und Thorsten Pfeiffer**

Kassierer: **Uwe Sachs**

Stv. Kassierer: **Peter Born**

Schriefführer: **Andreas Stüb**

Stv. Schriefführer: **Ivo Schmitt**

Junge Gruppe: **Alexandra Geis**

Senioren: **Norbert Tumbrägel**

getreten war, wurde von Peter Happ mit einem Präsent verabschiedet. Gleiches gilt für Günter Gärtner und Peter Born, die nach vielen Jahren als Mitglieder in der Vorstandsriege



Drei Generationen GdP.

nunmehr auch etwas kürzer treten wollen. Nach den Grußworten des Landrates Erich Pipa, des Polizeipräsidenten Roland Ullmann, des Polizeidirektors der PD Main-Kinzig, Hans Knapp und Rudi Ott für den Personalrat berichtete Jörg Schumacher



Mit Kümmelbrot großgezogen, mit Schwartemagen vereint.

nahezu kein Tag verging, an dem nicht über dubiose Stellenvergaben, Führungskultur, Mobbing, zweifelhafte Disziplinarverfahren bei der hessischen Polizei in den Medien zu lesen war, herrschte bei der Polizeidirektion im Main-Kinzig-Kreis weitgehend Eitel Sonnenschein“.

Als Gründe für den Burgfrieden nannte er zum einen das spürbar angenehmere Gesprächsklima mit der neuen Behördenleitung und daneben die erkennbare Linderung der bisherigen klassischen Pro-



Der Kreisgruppenvorstand.

Kreisgruppe Main-Kinzig



Erinnerungsfotos mit den Jubilaren, dem Kreis- und Bezirksgruppenvorsitzenden.

in Vertretung von Jörg Bruchmüller aus dem Landesvorstand. Am Ende einer harmonischen Sitzung wurden zahlreiche Mitglieder für ihre langjährige Treue zur Gewerkschaft geehrt.

Für 25 Jahre Mitgliedschaft:

Andreas Henkel, Walter Siebenhüner, Brigitte Fritsch, Bernd

Dietze, Bettina Schönberg, Günther Bernitt, Marc Blume, Jutta Klimt, Frank Scheler, Heiko Köhler und Jürgen Sauer.

Für 40 Jahre Mitgliedschaft:

Axel Hartung, Hagen Heuchert, Peter Schetter, Ernst Schultheis, und

für 50 Jahre Mitgliedschaft:

Gregor Seuthe und Ewald Tra-geser.

Für 60 Jahre Mitgliedschaft:

Johannes Fehl und Ingeborg Kaufmann.

GdP Main Kinzig/PH

Kreisgruppe Fulda: Es ist wieder soweit! Ausflug nach Willingen

Die Kreisgruppe Fulda bietet in diesem Jahr eine Tagesfahrt am:

Samstag, 03.09.2011, nach Willingen/Upland

mit Partner/in an.

Abfahrt ist um 08:00 Uhr, am Polizeipräsidium in Fulda. Unterwegs gemeinsames Frühstück nach „GdP-Art“

Programmpunkte:

! Ankunft in der Biathlon-Arena gegen ca. 11.30 Uhr,

- ! gemeinsames Gästeschießen,
- ! Wanderung zur ca. Zwei km entfernten Mühlenkopfschanze (dort besteht Einkehrmöglichkeit im Café Aufwind),
- ! geführte Besichtigung der Mühlenkopfschanze,
- ! Wanderung zum Ettelsberg (ca. 2,5 km) mit Besichtigung Hochheideturm,
- ! Talfahrt mit der Ettelsberg-Kabinenbahn,

- ! Abendessen ca. 18:00 Uhr im Brauhaus Willingen,
- ! Rückfahrt gegen 20:00 Uhr.

Verbindliche Anmeldung:

Überweisung oder bar bei Anmeldung **bis 18.08.2011** / Unkostenbeitrag: **15,00 Euro** (darin enthalten: Busfahrt, Frühstück, Eintrittsgelder)

Konto: **3715, BLZ: 530 501 80** bei Sparkasse Fulda (**Stichwort: Tagesfahrt Willingen**).

Der Kreisgruppenvorstand

Wichtiger Hinweis: Steuererklärung 2010

Durch das sogenannte "Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung" hat sich zum 1. Januar 2010 der Abzug von Vorsorgeaufwendungen wesentlich geändert. Viele Kolleginnen und Kollegen, die in den zurückliegenden Wochen ihre Steuererklärung eingereicht haben, werden zu Nachzahlungen herangezogen.

Der Grund dafür liegt in der Tatsache, dass beim Lohnsteuerabzug eine Vorsorgepauschale abgezogen

wird, während bei der Veranlagung mit der Steuererklärung nur die tatsächlich geleisteten Beiträge berücksichtigt werden. Beamte/innen, die keine Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zahlen und keine oder nur geringe Beiträge in der privaten Krankenversicherung leisten oder (freie) Heilfürsorge erhalten, liegen mit den eigenen Beiträgen oft unter dem Pauschalbetrag. Der Fehlbetrag zwischen der bereits abgezogenen Vorsorgepauschale und den tatsächlich gele-

leisteten Beiträgen führt dann zu Nachzahlungen.

Weiter verweisen wir dazu auf die informative Erläuterung auf der Internetseite des Landesbezirks NRW "Steuererklärung von Polizeibeamten: Nachzahlungen drohen" vom 18. Mai 2011 und dem darin enthaltenen download vom Neuen Verband der Steuerhilfvereine e.V. Deutschland.

gdp

Walter Schmitt - Neuer Chef in Hilders

Anfang Mai wurde Walter Schmitt von Polizeipräsident Alfons Hoff in sein neues Amt eingeführt. Eingeladen zum Festakt waren neben Kolleginnen und Kollegen der Polizeistation auch Bürgermeister aus den Rhöngemeinden, Vertreter des DRK, der Bergwacht, der Straßenmeisterei, der regionalen Presse und der Bundeswehr in Wildflecken. Die Feierstunde selbst fand in einem festlichen Raum der alten Volksschule in Hilders statt.

Herr Hoff freute sich in seiner Festrede, dass der seit einigen Monaten vakante Dienstposten mit Walter Schmitt nunmehr besetzt werden konnte. Die Polizeistation in Hilders und die Rhön ist dem Polizeipräsidenten bestens bekannt, da er selbst dort Dienst verrichtet hatte. So ließ es sich der Präsident auch nicht nehmen, die ihm aus dieser Zeit bestens vertraute Britta Fey aus dem Geschäftszimmer, in seiner Begrüßung besonders zu erwähnen. Der Polizeipräsident betonte, dass er sich sicher ist, dass Walter Schmitt den neuen Anforderungen als Stationsleiter gewachsen ist. Gegenüber den Mitarbeitern betonte er, dass mit der Besetzung des Stationsleiterdienstpostens auch Kontinuität in Hilders eintreten wird. Es ist auf keinen Fall an einen weiteren kurzfristigen Wechsel gedacht. Einen besonderen Dank richtete Alfons Hoff an Reiner Knacker und Berthold Neidert. Reiner Knacker war kommissarisch in den letzten Monaten als Dienststellenleiter eingesprungen und Berthold Neidert stand als Abwesenheitsvertreter immer zur Verfügung. Beide hätten ihre Aufgaben ausgesprochen gut gemeistert, so Alfons Hoff. Ebenso betonte der Polizeipräsident, dass die Polizeistation Hilders ein fester Bestandteil des PP Osthessen ist und ganz sicher auch zukünftig bleibt.

Der Hilderser Bürgermeister Hubert Blum nahm diesen Sachverhalt mit Freude auf und wünschte Walter Schmitt einen guten Start in seinem Amt. Alle Bürgermeister freuten sich auf die zukünftige Zusammenarbeit mit ihm.

Vom Leiter der PD Fulda, Lothar Wiese, erhielt Walter Schmitt ebenfalls die besten Wünsche.

Einen erfolgreichen Start und viel Erfolg wünschte auch Thomas Scheunert in Namen des Personalrats und der GdP unserem Mitglied Walter Schmitt. Er erinnerte Walter an die lange gemeinsame Fahrgemeinschaft, als beide im Main-Kinzig-Kreis ihre ersten Schritte im polizeilichen Einzeldienst verbrachten. Keiner hätte damals gedacht, dass man sich im Laufe des Berufslebens bei so einem freudigen Anlass begegnen würde. Mit Blick auf seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betonte der Personalratsvorsitzende die soziale und fachliche Verantwortung, die ein Stationsleiter bewältigen muss. Es gilt schließlich, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Behörde gut zu vertreten.

In seinem Schlusswort erklärte Walter Schmitt, dass für ihn wahrlich ein Traum mit der Amtseinführung in Er-



Polizeipräsident Hoff (rechts) gratuliert Walter Schmitt (links) zu seiner neuen Aufgabe als PST-Leiter in Hilders und überreicht die Verfügung.

füllung geht. „Die Rhön liegt mir am Herzen und ich bin nur zu gerne bereit, dafür ein paar Kilometer mehr zum neuen Dienstort zu fahren“ formulierte schmunzelnd Walter Schmitt.

Wir wünschen Walter Schmitt auf diesem Weg noch einmal alles Gute und stets ein glückliches Händchen im Umgang mit seinen Hilderser Kolleginnen und Kollegen.

Thomas Scheunert
KG Fulda

Achtung - Termin

Kleinfeldfußballturnier des PP Osthessen

Am Donnerstag, 01. September 2011, ab 10.00 Uhr, veranstaltet das PP Osthessen auf dem Sportplatz Eichenzell-Löschenrod.

Jede Organisationseinheit kann eine oder mehrere Mannschaften melden. Eine Mannschaft besteht aus 5 Feldspielern, 1 Torwart und bis zu 3 Auswechselspielern.

Für Rückfragen stehen zur Verfügung:

Ulrich Poremba, Tel. 0661/105-1350 oder Ewald Heil, Tel. 0661/ 105-2202.

Skifreizeit in Kirchberg/Tirol

Zum Ausklang der diesjährigen Skisaison starten die traditionellen Teilnehmer/innen auch diesem Winter für einige Tage in Richtung Alpen. Anders als in den zurückliegenden Jahren war nicht Saalbach/Hinterglemm, sondern Kirchberg in Tirol das Ziel. Die Anreise im kleinen Reisebus wurde wie üblich durch ein rustikales Frühstück mit Wurst von echten Schweinen unterbrochen. Die Begrüßung bei Annelies, unserer unkomplizierten Hauswirtin, war herzlich und unkonventionell. Schon die Art und Weise, wie sie die Frühstückseier servierte und dadurch verursachte Schäden behob, war bemerkenswert. Das Skigebiet rund um Kitzbühel ließ eigentlich keine Wünsche offen, sieht man davon ab, dass der Schnee am Nachmittag etwas sulzig wurde. Weniger gut war auch die Tatsache, dass aufgrund starken Windes am späten Nachmittag des ersten Tages die Lifte abgestellt und eine Talabfahrt im Bereich von Jochberg wegen Schneemangels nicht mehr möglich war. So war ein schweißtreibender Fußmarsch angesagt. Anders als in den Jahren zuvor wurde zumeist in einer gemeinsamen Gruppe gefahren. Nur ein



Sonne satt.

Bild oben: Die komplette Gruppe nebst Wirtin.

Bild Mitte und rechts unten: Ein Bier in Ehren kann niemand verwehren.

Bild unten links: Beim Abschwung.

„Fußkranker“ aus der Chefetage des Personalrates und Toasti, der „Après-Spezialist“, zogen es vor, gänzlich im Tal zu bleiben, um zu baden, zu kuren oder hin und wieder „Nottaxi“ für die Truppe der Skifahrer zu mimen. Die Abende wur-

den nach gemeinsamen Essen zumeist bei Annelies in der Pension verbracht. Natürlich durfte dabei die Geschichte vom „Mulf“ nicht fehlen. Höhepunkt der Unterhaltung war jedoch der gespielte Witz von Chris über das „Paarungsverhalten der Vögel im Frühling“. Das beliebte Spielchen vom „Rippel-Dippel“ und so manchen Schnäpschen durfte natürlich nicht fehlen. Morgens ging es zeitig auf den Berg, um die glänzend präparierten Pisten auszunutzen, bevor sie von der Sonne aufgeweicht und sulzig wurden. So blieb an den Nachmittagen noch reichlich Zeit zum

Sonnenbaden und für das eine oder andere Bierchen auf den Terrassen der zahlreichen Berghütten. Rasch waren die schönen Tage vorbei. Neben zahlreichen schönen Erinnerungen blieb das feste Versprechen an Annelies', im kommenden Winter in ihre wundervolle Pension wiederzukommen, wenn auch ein paar Wochen früher als in diesem Jahr.

Peter Happ

Jahreshauptversammlung in Obertshausen

Am Freitag, den 27. Mai 2011, fand die diesjährige JHV der KG Offenbach wiederum im Kolleg des Bürgerhauses Obertshausen statt. Als Gäste konnten begrüßt werden der stellvertretende Leiter der Polizeidirektion Offenbach, POR „Rudi“ Bommer, und der Vorsitzende des Hauptpersonalrates der Polizei, Jens Mohrherr.



Die Jahreshauptversammlung war gut besucht.

Nach Begrüßung gab der Kreisgruppenvorsitzenden Jörg Schumacher einen kurzen Bericht über die Aktivitäten im vergangenen Jahr. Positiv zu vermelden ist, dass die Gespräche mit Innenministern und Staatssekretären sowie LPP und VizeLPP doch im Ergebnis brachten, dass sich die Personalsituation im Bereich des PP Südosthessen doch verbessert hat. Nicht nur, dass uns die als vorläufige Verstärkung zugewiesenen Wachpolizei erhalten geblieben ist, nein, sie wurde uns dann, entgegen geplanter Vorhaben, doch nicht bei der Zuweisung von Vollzugstellen angerechnet. Durch die zukünftige Flugsicherungseinsätze erhielt bzw. erhält das PP SOH insgesamt noch 17 Vollzugsstellen hinzu. Dies ist insgesamt natürlich noch nicht ausreichend, aber dennoch eine spürbare Entlastung, die ohne entsprechende Interventionen durch die GdP und Personalrat nicht zustanden gekommen wäre.

Die Mitgliederzahl der Kreisgruppe hat sich in den letzten Jahren stetig verbessert auf aktuell 663 Personen. Der Vorstand, in dem es keine Veränderungen gab traf sich regelmäßig zu seinen Arbeitssitzungen, einige auch mit den Vertrauensleuten, um auch diese aktuell zu informieren. Erfreut zeigte sich Jörg Schumacher darüber, dass nun auch jüngere Kolleginnen und Kollegen sich in der GdP und auch im Personalrat engagieren wollen. Dies führte dann auch zu seiner Aussage, dass er nun auch zeitnah den Kreisgruppenvorsitz an jemand Jüngeren abgeben wolle.“ Man muss nicht bis zum Ruhestand an Ämtern kleben wenn es gute Nachfolger gibt.“

Vom Landesvorstand berichtete er über die geplanten Maßnahmen der GdP, die Wut und Enttäuschung der Polizeibeamtinnen und -beamten hinsichtlich der verspäteten Übertragung des Tarifergebnisses.

Nur mit Lobesworten geben wir uns nicht mehr zufrieden. Die viel besungene Wertschätzung der Polizeiarbeit muss sich auch konkret auszahlen!

Anschließend berichtete Jens Mohrherr aus dem HPR und nahm auch Stellung zu einigen landespolitischen Sachverhalten. Insbesondere wies er auf die Personalratswahlen 2012 hin. ER forderte alle Kolleginnen und Kollegen zu Teilnahme an der Wahl auf. Denn die politisch Verantwortlichen werden genau auf die Wahlbeteiligung schauen, ist sie doch auch Indiz dafür, in wie weit die Beschäftigten der hessischen Polizei bereit sind, sich gegen Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen und Bezahlung zu wehren, wozu sie ja meist der Personalräte und GdP beauftragen.

Anschließend erfolgten die Ehrungen langjähriger Gewerkschaftsmitglieder, die außer ihrer Urkunde und Ehrennadel auch eine Flasche GdP-Jubiläums-Rotwein erhielten, denn die GdP- Hessen feiert in diesem Jahr ihren 60-sten Geburtstag.

Für 60 Jahre Mitgliedschaft wurde Hans Grein,

für 50 Jahre Mitgliedschaft wurden Hannelore Raab, Helmut Götz, Kurt Löffler und Gerhard Steinbach,

für 40 Jahre Mitgliedschaft wurden Beate Kaiser, Ranier Marx, Karlheinz Tilgner, Manfred Magnon, Bernd Arnemann,

Jürgen Brehm, Michael Vogt, Bernd Wichlo, Gunnar Blonk,



Bei strahlendem Sonnenschein nutzten viele die kurze Pause.

Kreisgruppe Offenbach

Gottfried Stärzl und Hubert Köhler, und

für 25 Jahre Treue Silvia Traber, Martine Joswig, Jörg Hagenbach, Roland Rieder, Reiner Singer, Thomas Hantzsche, Stefan Wagner, Günter Hiemisch und Roland Stenger geehrt.

Nach dieser erfreulichen Verpflichtung und dem obligatorischen Foto ging es dann zum gemeinsamen Mittagessen in das Restaurant des Bürgerhauses.

Leider mussten viele Kolleginnen und Kollegen, insbesondere der Jubilare, die Teilnahme an der Jahreshauptversammlung absagen, sei es urlaubs- oder krankheitsbedingt oder auch dienstlichen Gründen. Denjenigen mit gesundheitlichen



Erinnerungsfoto.

KG OF/JS

Problemen wünschen wir an dieser Stelle schnelle Genesung und allen eine schöne Urlaubzeit.

Allen unseren Jubilaren hier nochmals eine Dankeschön und herzlichen Glückwunsch.

Neubau des Polizeigebäudes in Lauterbach bezogen

Der Neubau auf dem Gelände an der Lindenstraße kostet insgesamt rund 10 Millionen Euro und konnte vor wenigen Wochen bezogen werden. Mit dem Bezug des Neubaus erhält die Polizeistation Lauterbach, der RVD Alsfeld und die Polizeidirektion bedarfsgerechte und für die heutigen Aufgaben erforderlichen Räumlichkeiten.

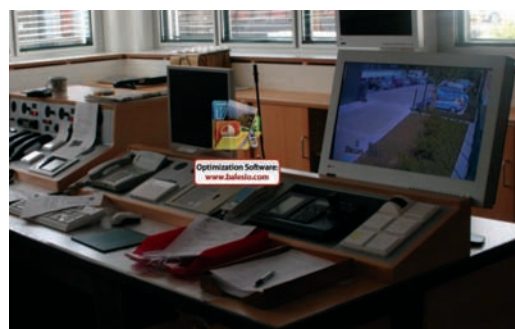
Mit 2175 Quadratmetern Nutzfläche wird das neue Dienstgebäude zusammen mit dem baulich verbundenen Altbau mit einer Nutzfläche von 514 Quadratmetern genügend Platz. Die beengten Arbeitsplatzverhältnisse der Kolleginnen und Kollegen in der vor mehr als vierzig Jahren gebauten Polizeistation Lauterbach und den im Innenhof aufgestellten Metallbüro-

containern gehören endlich der Vergangenheit an.

Im Erdgeschoss ist die Polizeiwache (Foto) mit dem Haupteingang, einem Besucherraum und an die Wache angrenzender Präsenzzone sowie Jugendverwahrraum. Weiterhin sind im Erdgeschoss die Büros und Sozialräume, die Toiletten für die Dienstgruppen und des Exekutivfachbearbeiters der Polizeistation Lauterbach.

Im ersten Obergeschoss befinden sich die Büros der Ermittlungsgruppe, des Stationsleiters und des Geschäftszimmers der Polizeistation Lauterbach sowie Durchläufferräume, ein Gegenüberstellungsraum, Aktenraum und ein fester Raum für die Kripo. Im zweiten Obergeschoss ist die Direktionsleitung, Führungsgruppe und das Direktionsgeschäftszimmer untergebracht.

Abgerundet wurde die Besichti-



Die neue Wache der Pst Lauterbach.

gung des letzten Geschosses durch den architektonisch beeindruckenden 201 Personen bzw. über 100 Sitzplätze fassenden Konferenzraum mit einer angrenzenden Garderobe und Küche, der auch als PC-Schulungsraum genutzt werden kann.

Durch den zeitgerechten, aber auch zukunftsorientierten Neubau der Polizeidirektion in Lauterbach mit Arbeitsplätzen nach neuesten technischen Standards werden die Voraussetzungen für eine gute Polizeiarbeit im Vogelsbergkreis optimiert. Damit sind die investierten 10 Millionen Euro gut angelegtes Geld für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

gdp/VB

Forsthausstübchen
Café Restaurant

Inh. Fam. Stolle
Haberstalstr. 2
63619 Bad Orb
Tel.: 06052-4362

Öffnungszeiten
Mo. - So., ab 11.30 Uhr · Warme Küche bis 21 Uhr
Im Winter geänderte Öffnungszeiten · Dienstag Ruhetag

Mehr Polizei auf die Straße

Thema: Umgang mit jugendlichen Gewalttätern

Vorab: Zwei Soziologen kommen aus dem Restaurant u. sehen jemand zusammengeschlagen auf dem Boden liegen, bewusstlos, blutüberströmt. Der eine Soziologe sagt zu dem anderen: "Du, der das gemacht hat, dem müssen wir helfen!"

Immer wenn solche Gewalttaten publik werden, rufen Politiker -welcher Coleur auch immer- nach schärferen Gesetzen (Zitat: "Je größer die Zahl der Gesetze, desto größer die Zahl der Gauner." Laotse, chin Philosoph). Wir müssen unsere Gesetze nicht ändern, sondern nur konsequenter anwenden, der vorhandene Strafraum muß voll ausgenutzt werden. Gerade auch unter dem Aspekt, dass die Gewalt unter Jugendlichen zugenommen hat. Polizei und Justiz werden nicht mehr respektiert, man sitzt als Täter Kaugummi kauend und Kappe auf dem Kopf vor dem Richter. Hinzu kommt, dass mehr als die Hälfte der Fälle eingestellt wird. Wenn der Straftäter immer wieder dies Standardschreiben der Staatsanwaltschaft erhält, entsteht der Eindruck: Es ist alles folgenlos. Der Polizeibeamte hat am Tatort dicke Backen gemacht -

und dann wird nicht angeklagt. Konsequenzen werden von den Tätern nicht als solche wahrgenommen, Bewährungsstrafen, Sozialstunden etc., pp. werden von diesem Klientel als Freispruch gewertet. Prävention alleine hilft nicht, da die meisten Jugendlichen für die Gesellschaft verloren sind.

Weiterer negativer Aspekt ist, dass der Zeitraum zwischen Tat und erster Gerichtsverhandlung zu lange ist, in manchen Fällen bis zu 13 Monaten und mehr. Ein Unrechtsbewusstsein, neben "Erinnerungslücken", ist nach so einem langen Zeitraum nicht mehr vorhanden. Polizei und Justiz sollten hier vermehrt auf das Beschleunigte Verfahren gem. §§ 417 ff StPO zurückgreifen. Die Gewaltbereitschaft hat aber auch gegenüber Polizeibeamten zugenommen. Dies liegt aber nicht nur an einem zu hohen Altersdurchschnitt, sondern dass fast täglich / nachts Polizeibeamte, die ein hohes Alter erreicht haben, immer noch im Streifenwagen ihren Dienst versehen. Wiederum gibt es eine Vielzahl von jungen Polizeibe-

amten, die im Innendienst eingesetzt sind. Altgediente Polizeibeamte gehören in den Innendienst und die jungen auf die Straße. Muß es sein, dass hochdekorierte Polizeibeamte Schwertransporte begleiten, Schulkinder am Fahrrad ausbilden, als Einsatztrainer eingesetzt werden, Kurierfahrten usw. usw. durchführen, die somit im klassischen Sinne nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die Polizei sollte Rechtsbrecher überall verfolgen, systematisch offen observieren und systematisch belästigen. Wichtig in diesem Zusammenhang wären Fußstreifen, um den Verfolgungsdruck zu erhöhen und zum anderen wären die Polizeibeamten für die Bevölkerung ansprechbar. Manche Straftat würde nicht geschehen, wenn der potentielle Rechtsbrecher befürchten müßte, dass die Polizei in der Nähe ist.

Reinhold Röhs
Hauneck

Die Frauenbeauftragte des PP SOH übergibt an ihre Nachfolgerin



Ellen Gödde, die langjährige Frauenbeauftragte des PP Offenbach und nun anschließend des PP Südosthessen ging mit Ablauf Mai 2011 in Ruhestand. Am 25. Mai lud sie langjährige Arbeitsgefährte so z.B. aus der Abteilung Verwaltung und dem Personalrat zu einem kleinen Abschiedsessen in den Kantinenraum des PP. Der Leiter der Abteilung Verwaltung hielt die Abschiedslaudatio und übergab die Ruhestandsurskunde. Rudi Ott übermittelte den Dank des Personalrates für die langjährige Zusammenarbeit und Ellens Nachfolgerin, Silvia Christ, gab der fitten Jungpensionärin auch einige guten Wünsche mit auf den Weg. Und an dieser Stelle wünscht auch die Kreisgruppe Offenbach der GdP Ellen Gödde alles Gute für ihren neuen Lebensabschnitt.

KG OF/JS

Ellen Gödde mit ihrer Nachfolgerin Silvia Christ (links) und deren Stellvertreterin Melanie Pfister. (rechts).

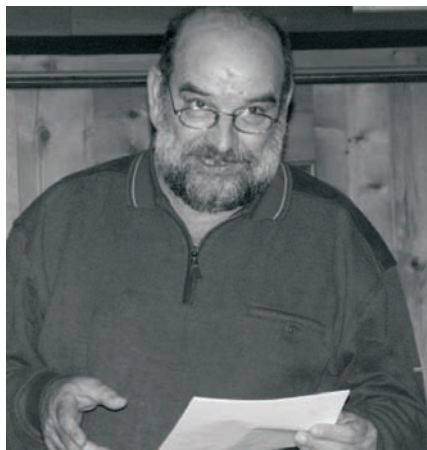
Willi Lemcke - Eine Institution geht in den Ruhestand

„Ihre freundliche Autobahnpolizei, Lemcke, guten Tag!“ - diese Eröffnung am Telefon war in den vergangenen Jahren eine Art Markenzeichen des stellvertretenden Dienstgruppenleiters der Dienstgruppe-E- der PAST Bad Hersfeld, Wilhelm Lemcke, geworden.

Und es waren keinesfalls leere Worte. Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft gegenüber den Bürgern, wie auch gegenüber Kollegen und Vorgesetzten waren bei ihm ein tief verwurzelter Wesenszug.

Ob es auch mit seiner Pfälzer Herkunft zu tun hat, oder ob er sich erst in Hessen so entwickelte, wissen wir nicht genau. Gebürtig aus Oberlahnstein hat er seine Polizeilaufbahn am 02.01.1968 bei der Bereitschaftspolizei in Wengerohr, Rheinland Pfalz begonnen. „Leichttaucher“, Wasserwerferkommandant, Gruppenführer,- die Pfälzer haben sich alle Mühe gegeben, ihn zu behalten, doch, wie so oft im Leben, hat es ihn der Liebe wegen nach Hessen verschlagen, wo er dann am 02.01.1974 bei der damaligen Polizeiverkehrsbereitschaft anlandete. Diese wurde durch die Strukturreform im Jahr darauf zur Polizeiautobahnstation Bad Hersfeld.

37 Jahre und zwei Monate Wechselschichtdienst bei der PAST Bad Hersfeld, das war das außergewöhnliche Fazit, das der Dienststellenleiter Jürgen Jakobowski am Tage der Überreichung der Ruhestandsurskunde zog.



Außergewöhnlich ist aber auch der Mann, der da in den Ruhestand verabschiedet worden ist. Im Laufe seiner Dienstzeit hat sich die Polizei ideell, personell und technisch stark gewandelt. Wilhelm Lemcke hat sich nicht nur im Laufe der Jahre zu einem ausgewiesenen Fachmann im Bereich der Schwerverkehrsüberwachung entwickelt, sein Dienststellenleiter bescheinigte ihm auch, in allen dienstlichen Bereichen immer auf der Höhe der Zeit gewesen zu sein.

Sein Engagement für die Kolleginnen und Kollegen war vielfältig. In der Gewerkschaft (der richtigen natürlich) und im örtlichen Personalrat hat er sich in verschiedenen Funktionen stets für Verbesserungen eingesetzt. So war es auch kein Wunder, dass er einen großen Anteil an der Einführung der 5. Dienstgruppe bei der Polizeiautobahnstation Bad Hersfeld im Jahr 1997 hatte.

Für seine Dienstgruppe war er immer nur „der Willi“. Seine Präsenz war so selbstverständlich, dass die Kollegen, wenn er tatsächlich einmal gefehlt hatte, immer verwundert die Frage gestellt hatten: „Wo ist denn der Willi?“

Für alle war er der Ratgeber und väterliche Freund in vielen Angelegenheiten. So war es auch nicht verwunderlich, dass zur Feier seines 60. Geburtstages alle ausnahmslos und inklusive einiger Ehemaliger angetreten waren. Neben einem mit viel Liebe selbst gestalteten Buch über seine Laufbahn und die von ihm organisierten Dienstgruppenreisen schenkten sie ihm ein Stückchen Land in seiner Wahlheimat Schottland und schlugen ihn würdevoll zum Ritter.

In einer bewegten Rede dankte ihm sein ehemaliger Dienstgruppenleiter Peter Lippert für die gemeinsame schöne Zeit und vor allem für den großen Rückhalt, den er seinen Kollegen in seiner ruhigen humorvollen und kompetenten Art in jeder schwierigen Lage gegeben hat.

Alle Kolleginnen und Kollegen wünschen „ihrem Willi“ Gesundheit und Glück in einen bewegten Ruhestand gemeinsam mit seiner Frau Bärbel, seinen drei Kindern und drei Enkelkindern.

Jürgen Jakobowski

Seniorenveranstaltung der GdP Osthessen

Die GdP Osthessen lädt ihre Pensionäre und Rentner zur diesjährigen Veranstaltung nach Niederjossa (Sportlerheim) ein.

Termin:

**Montag, 15. August
2011, 13.00 Uhr**

(Für Essen und Trinken ist, wie immer gesorgt)

Programm:

- I Bericht des Bezirksgruppenvorsitzenden / Bericht des Bezirksseniorenvorsitzenden
- I Vortrag über Rente (Referent von der BfA)
- I Aktuelles (Dienstrechtsmodernisierung, Beihilfe...)

Anmeldung bei:

Hermann Müller, Tel.:
06652-4622 o. 01525 612 7159

Ewald Gerk, Tel. 01525 612
1910, FAX: 0661-9013524 oder
gdp-osthessen@online.de

Berthold Schäfer unerwartet verstorben

Die Kreisgruppe Hersfeld-Rotenburg musste Mitte April die Nachricht vom plötzlichen Tod ihres Mitglieds Berthold Schäfer (63) zur Kenntnis nehmen.

Mit Berthold Schäfer verlieren wir ein Mitglied, das sich seit seinem Eintritt in die GdP im Januar 1965 immer sich um die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen kümmerte. Aber auch für die GdP-Kreisgruppe war er immer kompetenter Ansprechpartner und unterstützte die Gewerkschaftsarbeit, wo es ihm nur möglich war.

Seine dienstliche Laufbahn begann 1965 mit der Ausbildung in Mühlheim/Main. Nach Jahren in Südhessen konnte er bereits 1973 in die Heimat zurückkehren. Er übernahm zunächst bei der PSt Rotenburg die Funktion des Dienstgruppenleiters. Kurze Zeit später wurde er als DGL nach Bad Hersfeld versetzt. Nach einigen Jahren wechselte er in den Umweltschutz und leistete hier eine enorme Aufbauarbeit. Darüber hinaus war Berthold Schäfer von 1991 und 2000 wesentlich am Aufbau der neugegrün-



deten PD Hersfeld-Rotenburg beteiligt. Am Aufbau der „AG Salz“ war er Mitte der 90er Jahre ebenfalls stark eingebunden.

Im Oktober 2000 wurde Berthold Schäfer Leiter der PSt Bad Hersfeld. Vier Jahre später wurde er nach Fulda gerufen und übernahm er die Leitung der größten Polizeistation Hessens. Mit dieser Berufung war auch die Überleitung in den höhe-

ren Dienst verbunden und wurde dort zum Polizeioberrat befördert.

In 2007 konnte Berthold Schäfer in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Er selbst sagte bei seiner Verabschiedung: „Ein lang gedienter Polizist geht“. Für ihn herausragend seien die Olympischen Spiele 1972 in München, oder Öffnung der innerdeutschen Grenze 1989 (hier regelte er selbst in Heimboldshausen den Verkehr). Als sehr belastend empfand der Verstorbene die Ermordung eines Kollegen der PAST Bad Hersfeld, den Tod von vier Kindern bei einem Wohnungsbrand in seiner Heimatgemeinde Ludwigsau und einen tödlichen Verkehrsunfall auf einer Bundesstraße bei Fulda.

Die Kreisgruppe verliert mit Berthold Schäfer einen sehr beliebten und geschätzten Kollegen. Er wird uns immer in sehr guter Erinnerung bleiben

Adelbert Steinberg
KG HEF-ROF

„Urgestein“ Manfred Bache geht in Ruhestand

Mit Ablauf des Monats April ging POK Manfred „MANNI“ Bache von der PAST Langenselbold in den wohlverdienten Ruhestand. Manfred Bache, liebevoll „MANNI“ genannt, trat im Jahre 1968 in den Dienst des Landes Hessen ein und gleichzeitig auch in die GdP.

Nach dem Grundjahr, Weiterbildung und HAL lernte „MANNI“ die Polizeiarbeit in Frankfurt am Main kennen. Von 1972 bis zum Jahre 2000 war er im Bereich des PP Frankfurt tätig. Vom 01.02.2000 war „MANNI“ bis zum wohlverdienten Ruhestand, bei der PAST Langenselbold. „MANNI“ ist mit Leib und Seele Polizist und ein „Mannschaftsspieler“. Bei den Kolleginnen und Kollegen war und ist er aufgrund seiner ruhigen, ausgeglichenen, fachlich kompetenten und mensch-

lichen Art ein Vorbild für Jung und Alt.

Seinen Hobbys, dem Harleyfahren, „Äbbelwoikeltern“ und seinem vierbeinigen Freund geht er jetzt intensiver nach. Seine Reisefreudigkeit (Lieblingsziel: USA) wird keine Wünsche offen lassen.

Die Ruhestands-surkunde wurde von Herrn EPHK Eichenauer überreicht, welcher in seiner Laudatio gleichfalls das „Urgestein“ und die Menschlichkeit von „MANNI“ besonders hervorhob. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde, wurde die ein oder andere Anekdote zum Besten gegeben.

„MANNI“ ist seit mehr als vier Jahrzehnten in der GdP und bleibt der GdP auch im Ruhestand verbunden. Thorsten (Toaster) Pfeiffer

überbrachte die besten Wünsche vom Personalrat des PP SOH und der GdP Kreisgruppe Main Kinzig. Die Präsente in Form eines „Rhöner Vitaminspenders“ und einer hochwertigen Taschenuhr rundeten den Dank der Kreisgruppe MK ab.

Die Kreisgruppe MK wünscht dem frischgebackenen Pensionär Glück, Gesundheit und eine gute Zeiteinteilung im neuen Lebensabschnitt.

KG MK/TP

Heckler & Koch P30-V2 (9mm x 19)

Interview mit dem Projektleiter „Neue Dienstwaffe“ LPD Rainer Brüssow

Die alte Dienstpistole P6 von Sig-Sauer war in die Jahre gekommen, immerhin hat sie uns zwischen 20 und 30 Jahre gute Dienste geleistet. Obwohl der Hersteller eine Lebensdauer von 10.000 Schuss garantiert, eine Schussleistung die von unseren Waffen nie erreicht wurde, sollte eine neue Waffe nach neuestem technischem Stand angeschafft werden.

Nach einer breit angelegten Testphase und entsprechend langer Vorlaufzeiten, haben sich Fachleute und die testenden Kolleginnen und Kollegen für die Einführung der P30-V2 von Heckler & Koch entschieden.

Nachdem die Einführung hessenweit abgeschlossen ist und unsere Schießausbilderinnen und Schießausbilder mehrere Monate ein strammes Programm absolvierten, und uns die neue Dienstwaffe mit allen Besonderheiten näher gebracht haben, gibt es sicherlich ein erstes, offizielles Fazit. Die GdP und die Personalräte, wurden mit verschiedenen Fragen und Informationen konfrontiert, die wir in der laufenden Einführungsphase enge begleitet haben.

Wir bedanken uns schon mal an dieser Stelle bei unserem Kollegen Ltd. PD Rainer Brüssow, dass er uns die nachstehenden Fragen kompetent beantwortete.

Schießtraining („SET“) was ändert sich?

Die Nutzung des BM-SET zur Organisation des Rollout hat sich bewährt. Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer zeigten im Intensivtraining bei der Einweisung mit der neuen Waffe bessere oder zumindest gleich gute Leistungen wie mit ihrer „alten“ P 6.

Hier einige Ergänzungen:

- BM-SET bringt eine Verbesserung der Dienstaufsicht hinsichtlich der Teilnahmen am ET /Schießen
- Wahrung hessenweiter Standards im Einsatztraining und in der Schießausbildung bei Ausschreibung und Dokumentation
- Das neue ET-Konzept sieht Stunden bis Tagestrainings statt kurzer Schießtermine vor.
- Auch in Zukunft wird es die Kontrollübung (KÜ) als Verpflichtung aller Waffenträger geben. Über eine Modifizierung der KÜ hinsichtlich der Ausnutzung der höheren Magazinkapazität behält sich das LPP 4 zur Zeit noch die Entscheidung vor.
- Insbesondere für Interventionslagen bietet die neue Dienstpistole eine taktische Verbesserung.



Lothar Hölzgen (rechts) im Gespräch mit Lt. PD Rainer Brüssow (links).

Wo liegen die Vorteile der neuen Waffe?

Sie entspricht den aktuellen „Technischen Richtlinien“ für Polizeipistolen in Deutschland und übertrifft sogar die Anforderungen. Die beschaffte Waffe ist auf dem neuesten technischen Stand.

Zunächst fällt jedem Betrachter die erhöhte Magazinkapazität von 15 Patronen auf. Trotzdem wurde auf das Reservemagazin nicht verzichtet, so dass sich die mögliche Schusszahl im Vergleich zur P6 fast verdoppelt hat. Trotzdem wiegt die Waffe mit Munition nur so viel wie die P6.

Um die Pistole optimal handhaben zu können, wurden drei Griffgrößen angeboten, welche beim Roll-Out für jeden Schützen individuell angepasst wurden.

Vor allem Linkshänder freuen sich über die beidseitige Bedienbarkeit der neuen Dienstpistole. Umständliches Umgreifen gehört somit der Vergangenheit an. Dies könnte auch in einem Notfall, z.B. bei verletzter Schusshand, vorteilhaft sein. Die nachleuchtende Visierung der P 30 wird sowohl von Fachleuten als auch von den Anwendern als sehr hilfreich gelobt.

Holster für Zivilkräfte / verdeckte Trageweise

Für die Angehörigen der Kriminalpolizei und der OPE'n wurde im Rahmen der Ausschreibung nach erfolgreichen Trageversuchen und Erprobungen erstmals ein Holsterset, bestehend aus Blackhawk CQC mit Primär- und Sekundärsicherung und Radar beschafft.

Das Holster Blackhawk CQC ist ebenfalls im Holsterset für die uniformierten Kolleginnen und Kollegen enthalten. Die Sicherheitspistolenholster der Firma Blackhawk bieten durch ihre selbständig greifende Primärsicherung und die zusätzlich zu aktivierende Sekundärsicherung größtmögliche Verwahrsicherheit gegen Verlust und Wegnahme und gewährleisten jederzeit ein schnelles Ziehen der Waffe.

Neue Dienstwaffe

Durch vielfältige Verstellmöglichkeiten bietet das CQC Holster guten Tragekomfort und kann mit angepasster Zivilkleidung gut verdeckt getragen werden. Das CQC wird seit mehreren Jahren auch von den Spezialeinheiten als persönliche Standardausrüstung verwendet.

Zusätzliche Bauteile (Verlängerungen, andere Holster), was geht?

Durch die Kombinationsmöglichkeiten z.B. Verlängerung des Steges um zweimal 2 cm oder alternativ die hohe Trageweise auf der Grundplatte direkt am Funktionsgürtel wurde in der Längen-/Höhenverstellung auf alle Wünsche eingegangen. Es sind keine zusätzlichen Bauteile erforderlich. Nur mit der Grundplatte sitzt die Waffe recht hoch, was habe ich für Möglichkeiten, darf ich mir privat etwas beschaffen?

Die hohe Trageweise war Wunsch vieler Kolleginnen und Kollegen, die eine taktile Kontrolle der Waffe einem Tragen am Steg vorziehen. Insbesondere an heißen Tagen (ohne Jacke oder Anorak) sieht man die hohe Trageweise vermehrt.

Schusswaffen und Munition sind nur in den dienstlich gelieferten oder zugelassenen Tragevorrichtungen zu führen (Erlass LPP-nz-7 t 02 vom 15.06.2006, Ziffer 3.3). Somit scheidet die private Beschaffung aus.

Tragekomfort im Funkwagen - mit Windbreaker oder Anorak

Es werden Probleme beim Ein- und Aussteigen beschrieben und der Sicherheitsgurt macht Probleme.

Die am Gürtel mitgeführten Ausrüstungsgegenstände können immer störend sein. Im Hinblick auf die Holster wurde deshalb auf eine größtmögliche Variabilität geachtet. Die Möglichkeiten, den Holstersteg zu kippen und in der Länge zu variieren oder das Holster direkt an der Gürtelplatte zu tragen sind die konkreten Ergebnisse der Anwenderwünsche und der Expertengremien.

Müssen wir die Dienstkleidung anpassen?

Dienstkleidung und Holster/Waffe sind vor allem durch die Anwendertests ausgiebig miteinander getestet worden. Dazu gehörte auch das Tragen der verschiedenen Schutzwesten. Probleme sind dabei nicht festgestellt worden.

Wie gehen wir mit Problemen um?

Wie alle neuen Führungs- und Einsatzmittel bedarf auch die neue Dienstpistole einer gewissen Gewöhnung. Probleme werden, gleich welcher Art, durch die Trainer, ggf. in Rücksprache mit der Projektgruppe einer Lösung zugeführt. Bisher ist noch kein unlösbares Problem aufgetreten.

Haben alle die neue Dienstpistole?

Der Roll-Out ist noch nicht bei allen Behörden vollständig abgeschlossen. Bis auf Mutterschutz, Elternzeit und in Auslandseinsätzen befindliche abwesende, dauerhaft oder für längere Zeit aus gesundheitlichen Gründen vom Schießen befreite Mitarbeiter sind aber schon fast alle mit der P30 ausgestattet.

Die 15. Patrone geht schwer oder gar nicht ins Magazin, was nun?

Wenn sie gar nicht ins Magazin geht, kann sich die Magazinfeder im Magazin „verhakt“ haben. Es hilft hier zwei/drei Patronen wieder zu entnehmen und das Magazin mit dem Magazinrücken (nicht Boden) gefühlvoll auf eine feste Unterlage klopfen. Hierdurch löst sich die „Verhakung“, ggf. Vorgang wiederholen und es können wieder 15 Patronen ins Magazin gefüllt werden. Hilfestellung leistet auch gerne jeder Schießtrainer.

Waffenreinigung, was muss bei der neuen Waffe beachtet werden?

Wie in der Vergangenheit muss die P30 regelmäßig gereinigt werden. Hierzu empfiehlt das Projekt das aufmerksame Lesen des Begleitheftes zu jeder Waffe

Haben wir neue, andere Reinigungsgeräte?

Nein, wie in den Einweisungen beim Roll-Out demonstriert wurde, wird auch die P30 ohne Werkzeuge auseinandergelassen und mit den bekannten Reinigungsgeräten geputzt. Lediglich das zu verwendende Waffenöl wurde aufgrund der Herstellervorgaben und unter Berücksichtigung der Belange des Arbeitsschutzes ausgetauscht.

Zufriedenheit im Allgemeinen (Resümee)

Die Rückmeldungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Hessen, wie auch schon bei zahlreichen anderen Behörden (z.B.: Zoll, Bundespolizei, schweizerische und norwegische Polizei) - sind vornehmlich äußerst positiv. Gelobt wird besonders der hohe Schießkomfort bei größter Schussgenauigkeit und das ist letztlich auch das Entscheidende im Sinne der Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen.

Herstellergarantie für unsere neue Dienstpistole 20 Jahre +X?

Zunächst besteht eine vertraglich vereinbarte Mängelhaftung von zwei Jahren, die mit Ablauf des Lieferjahres beginnt. Die Fa. Heckler & Koch garantiert eine Mindesthaltbarkeit der Hauptteile der Pistolen von 10.000 Schuss. Für alle sonstigen Teile der Pistolen (Verschleißteile) garantiert der Auftragnehmer eine Mindesthaltbarkeit von 5.000 Schuss. Bei einer durchschnittlichen Belastung von etwa 300 Schuss im Jahr ist die Altersgrenze der Hauptteile rechnerisch nach 33,33 Jahren erreicht.

Lothar Hölzgen
GdP

GdP Forderungen an den Landeshaushalt 2012

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist Hauptaufgabe der Polizei und steht wie kaum ein anderer Bereich im öffentlichen Fokus sowie im medialen Interesse.

Das vielfältige, stetig wachsende als auch gewissen Wandlungsprozessen unterliegende polizeiliche Aufgabenspektrum setzt eine ziel- und bedarfsorientierte Investition in Sachmittel, vor allem aber auch in Personalressourcen voraus. Mit der Erhöhung der Einstellungszahlen auf 550 Polizeianwärterinnen und -anwärter begegnet die Landesregierung den in den zurückliegenden Jahren zu konstatierenden Stellenabbau, kann jedoch - gemessen an den Anforderungen des täglichen Dienstes – die Personalvakanz im Vollzugs-, Fach- und Verwaltungs- sowie im Tarifbereich nicht kaschieren.

Die Beibehaltung kontinuierlich hoher Ausbildungsraten an Stelle einer temporären Steigerung ist zur konsequenten und dauerhaften Kompensierung von Personalausfällen im Polizeivollzugsdienst ebenso wie zur Bewältigung der verschiedenen Aufgabenstellungen, denen sich die Polizei mit ihren Beschäftigten konfrontiert sieht, unabdingbare Voraussetzung.

Die im Zuge des 1. Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes zu verzeichnende Erhöhung der Lebensarbeitszeit trägt den besonderen Belastungen des Polizeiberufs mit seinen verschiedenen Facetten in Gänze keine Rechnung, selbst unter Berücksichtigung individueller Altersgrenzen und Übergangsfristen für bestimmte Einstellungsjahrgänge.

Der mit dieser Regelung eng korrelierende demografische (Negativ-)Trend innerhalb der Polizei setzt sich nicht nur fort, sondern schränkt die Zukunftsperspektiven, insbesondere die Aufstiegschancen und Beförderungsmöglichkeiten für alle Polizeibeschäftigten erheblich ein.

Dieser Entwicklung ist durch ein spezifisches Stellenhebungsprogramm entgegen zu wirken, auch unter dem Aspekt der dringend erforderlichen Nachwuchsgewinnung.

Wir wollen eine sach- und bedarfsgerechte sowie zukunftsorientierte Besetzung aller Polizeistellen. Das beinhaltet, dass Polizeiarbeit durch Polizeibeamtinnen und -beamte, Fach-/Verwaltungstätigkeit durch Fach- und Verwaltungsbeamte/-innen und bzw. ausreichend Tarifbeschäftigte wahrzunehmen ist, die gefahrensgeeignet und die Gesundheit beeinträchtigenden Tätigkeiten sowie Tag für Tag gezeigten Leistungen auch finanziell honoriert werden.

Das Zulagenwesen darf in diesem Zusammenhang nicht länger abgekoppelt bleiben. Eine Erhöhung der gewährten Zulagen für besondere Tätigkeiten und Verwendungen, ebenso aber auch die Wiedereinführung der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage sind mehr als überfällig.

Die Wertschätzung der Polizeibeschäftigten bedarf weit mehr als einer im Rahmen der medienwirksamen Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zu registrierenden Würdigung. Die über Jahre der breiten Öffentlichkeit dargestellten Leistungen aller Polizeibeschäftigten müssen auch belohnt werden!

Der Tarifvertrag für die Beschäftigten des Landes Hessen (TV-H) bedarf einer weiteren, verbesserten Ausgestaltung und darf nicht zur Abkopplung von der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung führen. Die Verlängerung von Bewährungsaufstiegen über den 31.12.2011 hinaus um zumindest weitere zwei Jahre ist zwingend, um den Mindestanforderungen im Tarifbereich Rechnung zu tragen.

Die Entgeltordnung muss die spezifischen, mit anderen Berufsbildern nicht vergleichbaren Aufgaben berücksichtigen. Die Schaffung eines Berufsbildes „Polizeifachangestellte/Polizeifachangestellter“, die Höhergruppierung von kriminaltechnischen Angestellten (KTA) sowie die Festeinstellung von Auszubildenden sind im Hinblick auf die gestiegenen Anforderungen mehr als gerechtfertigt.

Der nach Abschaffung der Personalvermittlungsstelle (PVS) gleichwohl fortgeführte Stellenabbau durch die Beschränkung auf der Wiederbesetzung jeder zweiten freien Stelle im Tarifbereich (Zählstellenproblematik) ist nicht zu tolerieren und aufzuheben. Ein Ausgleich der vakanten Altersteilzeitstellen ist vorzunehmen.

Hessens Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf eine qualifizierte Dienstleistung, die im Bereich der Inneren Sicherheit unverzichtbar ist. Eine an die gestiegenen Anforderungen des Polizeiberufs modifizierte Aus- und Fortbildung ist ebenso unverzichtbar, wie auch die hierfür erforderliche Gewinnung entsprechenden Fachpersonals. Eine Hebung der Fachlehrerstellen ohne Belastung der Stellensituation des polizeilichen Einzeldienstes ist Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung der Qualität der Aus- und Fortbildung.

Eine professionelle Dienstleistung kann nur von qualifizierten Polizeibeamtinnen und -beamten erwartet und erbracht werden! Daher fordern wir nach wie vor die **Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes**,...

Die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitsbelastung und damit einhergehenden Überstundenbergs gerade im Polizeidienst ist zudem aus Fürsorgeaspekten unabdingbar.

Haushaltsforderungen

...mit dessen Einführung ein deutlicher Qualitätsverlust zu verzeichnen ist.

Unter dem Gesichtspunkt des aufgaben-, ziel- und bedarfsorientierten Sachmitteleinsatzes und der damit einhergehenden Sachmittelverwaltung ist die Kostensteigerung des in Baden-Württemberg eingerichteten Logistikzentrums für die Dienstbekleidung der hessischen Polizeibeschäftigten zu kritisieren, der nur durch Rückführung in den Aufgaben- und Verantwortungsbereich einer hessischen Polizeibehörde konsequent begegnet werden kann.

Nicht nur unter der Prämisse der Werterhaltung, sondern auch der Dienstleistung hat sich die Installation des für die Landesliegenschaften verantwortlichen Hessischen Immobilienmanagement nicht bewährt. Dort, wo vormals die eigenen Bediensteten zuständig waren, bleiben nicht zuletzt auf Grund langer Verwaltungswege dringend zu erledigende Arbeiten einfach liegen! Es liegt auf der Hand, dass polizeiliche Liegenschaften, insbesondere dort, wo im Schichtdienst 24-Stunden-Dienst geleistet wird, nicht mit anderen Lie-

genschaften vergleichbar sind. Dennoch ist das Hessische Immobilienmanagement nicht in der Lage, flächendeckend die Bedürfnisse der Nutzer, beispielsweise durch Erhöhung von Reinigungsintervallen im Schichtdienst, zu gewährleisten.

Die erheblichen Mehrkosten bei der Wartung von Dienstkraftzeugen durch die Inanspruchnahme von Vertragswerkstätten schlägt sich negativ auf die Budgets der Polizeibehörden und -einrichtungen nieder. Insofern sind Budgetanpassungen an die allgemein gestiegenen Lebenshaltungskosten vorzunehmen.

Auch bei der derzeit dramatisch prognostizierten Lage darf der Bereich der Inneren Sicherheit nicht erneut zur Haushaltskonsolidierung herangezogen werden. Die durch die Regierungsparteien zur Bewältigung der Finanzkrise proklamierte Schuldenbremse darf nicht Alibi für (versteckte) Sparmaßnahmen sein!

GdP

PP SOH: Herzlichen Glückwunsch zur Beförderung



Herzlichen Glückwunsch zur Beförderung allen Kolleginnen und Kollegen des PP Südosthessen, denen Polizeipräsident Ullmann am 29.04.2011 im Rahmen einer kleinen Feierstunde eine Urkunde überreichen konnte.

BZG SOH/JS

Seniorensseminar: Vorbereitung auf den Ruhestand

Durchgeführt wird es am 2./3. November 2011 in der Gaststätte „Zur Krone“ in Tann/Rhön, Homepage: www.krone-tann.de

Seminarteilnehmer (Tarifbeschäftigte, 63 bis 67 Jahre und Pensionär/innen, 58 bis 62 Jahre) müssen einen Eigenbeitrag von 20 Euro bezahlen. Das ist die Voraussetzung für eine Anmeldung. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Ehepartner/innen können auch angemeldet werden. Die Teilnehmerzahl ist auf 40 Personen beschränkt.

Vorgesehene Themen sind: Pflegeversicherung, Probleme beim Zusammentreffen von Rente/Pension, Bewegung und gesunde Ernährung, Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung, Testament, Vollmacht zur Beihilfe.

Anmeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GdP, Ruth Brunner, Wilhelmstr. 60 a, 65183 Wiesbaden, Fax 0611-9922727, E-Mail: rbrunner@gdp-online.de

Norbert Weinbach

Ingrid Meisner-Hoppe beendet Berufsleben

Ingrid Meisner-Hoppe hat mit Eintritt in die Freistellungsphase der Altersteilzeit zu Beginn des Monats April ihr langjähriges Arbeitsleben beendet. Zuletzt war sie viele Jahre bei Erkennungsdienst in Hanau tätig. In ihrem über 40-jährigen Berufsleben hat sie große Erfahrungen in zahlreichen Organisationen und Funktionen gesammelt und sich dabei bei jedermann hohe Anerkennung erworben.

Aber nicht nur im eigentlichen Berufsleben war Ingrid engagiert. Ihre große Leidenschaft war und ist die Gewerkschaft der Polizei. Mitglied seit April 1967. Von Beginn an bis zuletzt in Vorstandsgremien engagiert. Zunächst bei der Kreisgruppe Hanau. Später treibende Kraft beim Zusammenschluss der vier Kreisgruppen im Kreisgebiet zur großen Kreisgruppe Main-Kinzig und auch hier von Beginn an bis zuletzt Mitglied im Vorstand.

In all den Jahren war sie aber auch Mitglied in personalrätlichen Gremien. Zunächst im Bezirkspersonalrat des RP Darmstadt, später



Mitglied im Personalrat des PP Südosthessen. Kritisch und streitbar, aber dennoch loyal zu ihrer Polizeifamilie setzte sie sich über all die Jahre schwerpunktmäßig für die Interessen der Tarifbeschäftigten ein.

Die Lücke, die sie hinterlassen hat, wird schwer zu schließen sein. Peter Happ, der Vorsitzende der GdP Main-Kinzig, würdigte unlängst Ingrids Verdienste im Verlauf der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe und

verabschiedete Ingrid mit einem großen Geschenkkorb. Zuvor war Ingrid schon von Rudi Ott, dem Personalratsvorsitzenden und Herrn Polizeipräsident, Roland Ullmann, aus dem Personalrat offiziell verabschiedet worden. Wir sagen „Danke“ Ingrid und wünschen Dir alles Liebe in Deinem nächsten Lebensabschnitt.

Peter Happ
Vorsitzender

Herbstausflug nach Heidelberg am Samstag, 24.09.2011

Busabfahrt:

08:00 Uhr Schlüchtern - Polizeistation; 08:20 Uhr Gelnhausen -Hallenbad; 08:00 Uhr Hanau – Freiheitsplatz; 08:20 Uhr Offenbach – PP

Programm:

- | Rustikales Frühstück mit Rhöner Spezialitäten
- | Fahrt mit Bergbahn zum Heidelberger Schloss
- | Führung durch Schlosshof, Fasskeller und dem Deutschen Apotheken-Museum. *Alternativ: Gelegenheit zur Weiterfahrt mit Bergbahn zur Station Molkenkur und historischer Bergbahn zum Königstuhl*



- | Besichtigung der Altstadt: Mittelalterliches Kabarett und moderne Bands, Kunsthandwerker- und Flohmarkt
- | Schifffahrt nach Neckarsteinach (90 Minuten)
- | Gemütlicher Abschluss

Kostenbeitrag:

Mitglieder und Partner der Bezirksgruppe SOH je 15 Euro; Nichtmitglieder je 25 Euro; Kinder unter 14 Jahre frei.

Anmeldung durch Einzahlung bis 10.August 2011 auf das Konto der GdP Main-Kinzig: Kto.: 0000066100, BLZ: 50650023, Sparkasse Hanau. (Zustiegsstelle: SLÜ;GN;HU;OF und Anzahl der Kinder auf dem Überweisungsträger angeben) Bei eigener Absage ist eine Erstattung nicht vorgesehen.

Rückfragen bei:

Markus Hüschenbett (06051 827131) oder Norbert Tumbrägel (06051 13505).

Über 1850 Dienstausweismäppchen verteilt



Zwischen Februar bis Mitte April dieses Jahres startete die JUNGE GRUPPE (GdP) gemeinsam mit unserem Kooperationspartner POLAS eine weitere Mitgliederaktion.

Ausweismäppchen für unseren neuen Dienstaussweis sowohl für die Sparten Schutzpolizei und Kriminal-

polizei haben wir angeboten. Für unsere Mitglieder natürlich zu einem unschlagbaren Sonderpreis von 6,90 Euro/Stück.

Wir haben im Vorfeld zunächst die Bestellungen gesammelt, um einen günstigen Preis zu erzielen. Ein weiteres Ziel war, keine Portokosten zu produzieren. All das ist uns auch gelungen.

Wir sind von Bestellungen nahezu überrascht worden, was dann organisatorisch eine große Herausforderung darstellte.

Hierbei kam es dann zu ein paar kleineren Problemen, die wir aber, denke ich, Stand heute in den Griff bekommen haben.

Auch das Ehrenamt stößt manchmal an seine Grenzen, so dass nach der 1.000ste Bestellung das Organisationsteam auf fünf Personen mit

unserem stellv. Kassierer Peter Wittig, dem Geschäftsführer Bernd Kuske-Schmittinger, Gisela Deckert aus der Buchhaltung und unsere Auszubildende Carmelina Maiorano erweitert wurde. Über die örtlichen GdP- Personalräte wurden die Umschläge und Pakete dann verteilt. Es sind noch nicht alle Bestellungen abgearbeitet. Wir bitten euch, falls noch bereits bezahlte Mäppchen ausstehen, eine kurze Mail an:

pedron@polizeireport.de

zu senden.

Wir bedanken uns für das entgegengebrachte Vertrauen und bedauern nochmals die lange Wartezeit.

Antonio Pedron
GdP Hessen

Die FIFA Frauen Weltmeisterschaft steht vor der Tür – die Welt zu Gast bei Freunden



Hand aufs Herz: wenige Wochen vor der FIFA Fußball Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland war es anders. Printmedien, TV und Internet waren voll mit Vorberichten und allem, was der geneigte Fußballfreund wissen sollte. Schade, dass offensichtlich die Resonanz dieses weltumspannenden Ereignisses in diesem Jahr weniger Beachtung geschenkt wird.

Vom 26. Juni bis 17. Juli findet die Frauen-Fußball-WM in Deutschland statt. Bundesweit haben sich derzeit rund 1.000 Vertreterinnen und Vertreter der Medien akkreditiert. 2006 waren es mehr als 15.000 Medienvertreter. Die hessische Polizei hat intensive Vorbereitungen getroffen, um den Einsatz zu bewältigen. Bekanntlich hat Hessen mit Frankfurt nur einen Spielort – dennoch ist es durch die zahlreich stattfindenden Public Viewing Events sicherlich nicht ausgeschlossen, dass eine erhöhte Einsatzlage auf uns zukommen wird.

Mit Blick auf die Turnierdaten wird deutlich, dass die Quantität der Spiele eine andere ist, der Spiel- und Turnierplan gestaltet sich wesentlich schlanker.

16 Mannschaften werden in 32 Spielen in neun Spielorten um den Titel kämpfen. Mit Berlin, Dresden, Wolfsburg, Bochum, Leverkusen, Mönchengladbach, Sinsheim, Augsburg und Frankfurt am Main sind die Austragungsorte auch in der Mehrzahl andere, als weiland 2006. Die Stadien sind kleiner – dies soll aber keine Rückschlüsse auf die Qualität der zu erwartenden Spiele nach sich ziehen.

Auch die FIFA hat wieder mit ihren Funktionären Frankfurt als Hauptquartier gewählt. Glaubt man den Ticketvorverkaufserwartungen werden rund die Hälfte der zur Verfügung stehenden Karten, 1,02 Millionen, bereits im Vorverkauf abgesetzt.

Damit einhergehend besteht die Erwartung, dass alle Stadien weitestgehend ausverkauft sein werden. Im Vergleich mit der WM Arena in Frankfurt bietet der Spielort Sinsheim (trainingsgeländeähnliche) eher bescheidene Zuschauerkapazitäten. Auch wird es diesmal sicherlich nicht die großen Reisebewegungen in Deutschland geben, wie im Jahre 2006. In Frankfurt wird neben zweier Vorrundenspiele, in einem spielt die Gastgebermannschaft Deutschland gegen Nigeria, einem Halbfinalspiel auch das Finale am 17. Juli stattfinden.

Personalräte und Gewerkschaft der Polizei werden auch anlässlich der Frauen Fußball Weltmeisterschaft 2011 wieder im Einsatzraum Frankfurt am Main präsent sein. Beschwerden vor Ort, kleine Erfrischungen oder einfach mal ein Gespräch im Hauptquartier der Frankfurter Bezirksgruppe in der Seckbacher Landstraße führen, haben sich bereits 2006 bewährt. Rund um den GdP - Bezirksgruppenchef aus Frankfurt, Wolfgang Link, werden auch diesmal viele helfende Hände im Einsatz sein, um den eingesetzten Kräften mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Lassen wir uns überraschen, wie es mit der Titelverteidigung unserer Damen bestellt ist. Sportlich gesehen erwarten wir ein erneutes Sommermärchen, mit hoffentlich friedlichen Fans und tollen und packenden Szenen. Dann aber auch bitte schön mit einer Finalteilnahme unserer Damen und einem Sieg!

Wir bleiben am Ball!

Jens Mohrherr

Datenschutz ist Grundrecht

Wegen fehlender gesetzlicher Regelungen zum Arbeitnehmerdatenschutz sind Arbeitnehmer und Arbeitgeber bis heute im Wesentlichen darauf angewiesen, sich an der einschlägigen Rechtsprechung zu orientieren. Diese ist jedoch notwendigerweise lückenhaft und im Einzelfall für die Betroffenen nur schwer zu erschließen. Gleichzeitig kommt der automatisierten Verarbeitung von Mitarbeiterdaten im Arbeitsverhältnis eine immer größere Bedeutung zu. Dies betrifft vor allem die beschleunigte Einführung von Personalverwaltungs- und Informationssystemen mit den damit verbundenen Auskunfts- und Informationsmöglichkeiten und die zunehmende Nutzung von E-Mail und Internetdiensten.

Auch die ständig voran schreitende Entwicklung im Gesundheitswesen hat Konsequenzen für den Arbeitnehmerdatenschutz. So erlangen neue Diagnosemöglichkeiten und molekulargenetische Untersuchungsmethoden zunehmende Bedeutung für das Arbeitsverhältnis. Es bedarf klarer gesetzlicher Vorgaben, die den am Arbeitsverhältnis Beteiligten sowohl die Einsatzmöglichkeiten als auch die Grenzen neuer medizinischer Methoden aufzeigen. So waren auch unlängst bei der Einstellung von Wachpolizistinnen und Wachpolizisten in einem beim Verwaltungsgericht Wiesbaden ausgetra-

genem Rechtsstreit die datenschutzrechtlichen Verstöße ebenfalls nicht unerheblicher Bestandteil der Verhandlung, die in einem Vergleich mündete.



Grundsätze:

- 1 Personenbezogene Daten des Arbeitnehmers dürfen nur erhoben, verarbeitet und genutzt werden, wenn dies zur Begründung, Durchführung, Beendigung oder Abwicklung eines Arbeitsverhältnisses erforderlich oder sonst gesetzlich vorgeschrieben ist.
- 1 Die Datenerhebung sollte grundsätzlich beim Arbeitnehmer selbst erfolgen.
- 1 Personenbezogene Arbeitnehmerdaten dürfen nur für den Zweck, für den sie erhoben worden sind, verwendet werden. Daten, die für diesen Zweck nicht mehr erforderlich sind, sind zu löschen.
- 1 Aus Gründen der Transparenz sind Arbeitnehmer umfassend

darüber zu informieren, welche Daten zu welcher Zeit, auf welche Weise und zu welchem Zweck über sie erhoben sowie in welcher Art und Weise ausgewertet werden. Dies muss umfassende Auskunfts- und Einsichtsrechte des Arbeitnehmers einschließen.

Das Bundesdatenschutzgesetz, welches auch für die Privatwirtschaft zuständig ist, sieht als Zulässigkeitskriterium für eine personenbezogene Datenverarbeitung in erster Linie den Vertrag vor, den z.B. Datenverarbeiter und von der Datenverarbeitung betroffene miteinander abschließen.

Das Gesetz geht hierbei von gleichberechtigten und gleich starken Vertragspartnern aus, die selbstbestimmt ihren Vertrag so formulieren können, dass beide Vertragspartner dabei ihre Interessen berücksichtigt finden. Im Verhältnis Arbeitgeber/Arbeitnehmer ist diese Voraussetzung nicht gegeben (wie übrigens in vielen anderen Bereichen auch, z.B. bei Verträgen zwischen Versicherung und Versicherungsnehmer): Hier legt im Wesentlichen der eine Vertragspartner (Arbeitgeber) die Vertragsbedingungen für beide Seiten fest, die der andere akzeptieren muss, wenn es zum Vertragsabschluss kommen soll.

Der Vertrag, aus dem die Arbeitgeber das Recht zur Verarbeitung ableiten, ist im Wesentlichen der Arbeitsvertrag. Da dieser meist keine

konkreten Regelungen zur Datenverarbeitung enthält, lässt er viele Interpretationsmöglichkeiten und Spielräume offen. Einschränkungen gibt es nur in einigen Bereichen, z.B. bei der Verwendung von medizinischen Daten (Arbeitssicherheitsgesetz), durch das Betriebsverfassungsgesetz, durch die Personalvertretungsgesetze und durch die Rechtsprechung.

Um hier Klarheit und Rechtssicherheit und eine weitgehende Berücksichtigung vor allem von Artikel 1 und 2 des Grundgesetzes zu erreichen, brauchen wir ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz. Zwar ist nach dem Betriebsverfassungsgesetz und den Personalvertretungsgesetzen die Verarbeitung von Arbeitnehmerdaten nur mit Genehmigung des Betriebsrats (Personalrats) möglich, wenn es hierbei zu einer Leistungs- bzw. Verhaltenskontrolle kommen kann. Durch die Möglichkeiten der modernen Datenverarbeitung, etwa mit Hilfe von Rasterungen, Data-Mining, Scoring oder durch Recherchen im Internet (wer interessiert sich für was) lassen sich immer mehr Informationen über Mitarbeiter erschließen, ohne dass es hierfür ausreichende gesetzliche Regelungen gibt. Bekanntlich gilt aber auch am Arbeitsplatz der uralte Satz von Bacon "Wissen ist Macht". Natürlich gibt es das Recht des Betroffenen, sein Recht einzuklagen. Angesichts der hier geschilderten gegenwärtigen Rechtslage liegt aber gerade darin das Problem. Natürlich gibt es das Recht auf Schadensersatz. Da bei nichtöffentlichen Stellen dem Unternehmen aber ein Verschulden nachgewiesen werden muss, ist dies wegen der Virtualität der Datenverarbeitung meist sehr schwierig.

Gewerkschaftliche Standpunkte:

- 1 Der Arbeitnehmerdatenschutz ist im Rahmen der Umsetzung der EU-Datenschutzrichtlinie zu regeln.
- 1 Die Verantwortung für die Einführung und Einhaltung des Datenschutzes ist beim Arbeitgeber anzusiedeln. Insbesondere die

Grundsätze der Verwendung datensparsamer Systeme und der Datenvermeidung sind im Gesetz zu verankern.

- 1 Die Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretung bei der Datenerhebung, -speicherung und -verarbeitung sind zu verbessern.
- 1 Es sind Regelungen zu treffen, um die Persönlichkeitsrechte bei der Bewerbung und vor der Einstellung gesetzlich zu wahren.
- 1 Die individuellen Rechte der Beschäftigten sind so zu stärken, damit das Recht auf informationelle Selbstbestimmung während der Dauer der Beschäftigung wirksamer gewährleistet wird.
- 1 Die Aufgaben und Befugnisse der betrieblichen Datenschutzbeauftragten sind zu verbessern, damit sie ihrem gesetzlichen Überwachungsauftrag besser nachkommen können; ihre Bestellung und Abberufung ist an das Mitbestimmungsrecht der betrieblichen Interessenvertretung zu binden.
- 1 Es ist überbetrieblicher Schutz bei der Verwendung von Arbeitnehmerdaten dahingehend zu schaffen, dass nicht nur die Arbeit der Aufsichtsbehörde effektiviert wird, sondern daneben Schiedsstellen zum Arbeitnehmerdatenschutz eingerichtet werden und Maßnahmen zur Sicherung des Arbeitnehmerdatenschutzes auch bei Auftragsdatenverarbeitung, insbesondere ins Ausland, gewährleistet werden.
- 1 Es sind ausreichende rechtliche Instrumente zur Durchsetzung des Arbeitnehmerdatenschutzes für die betrieblichen Interessenvertretungen und den betroffenen Arbeitnehmer bereitzustellen.

Fazit:

Informations- und Kommunikationstechniken werden nicht nur zunehmend eingesetzt, sondern prä-

gen bereits die Arbeitswelt. Die voranschreitende Vernetzung zieht nach sich, dass Arbeitnehmerdaten nicht nur innerbetrieblich, sondern auch über den Betrieb hinaus erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

Um das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, welches das Bundesverfassungsgericht in den Rang eines Grundrechtes erhoben hat, zu gewährleisten, ist es im Zuge der Umsetzung der EU-Richtlinie zum Datenschutzrecht erforderlich, dass endlich die gebotenen gesetzlichen Regelungen im Bereich des Arbeitnehmerdatenschutzes erfolgen. Geplant ist derzeit eine Befassung des Kabinetts mit einem Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Datenschutzrichtlinie.

Die Interessenvertretungen, Betriebs- und Personalrat, müssen adäquate Rechte erhalten. Durch Vorgaben des Gesetzgebers muss sichergestellt werden, dass:

- 1 das Arbeitnehmerdatenschutzrecht durch Kollektivvereinbarungen nur ergänzt, nicht aber verschlechtert werden kann,
- 1 die Rechte der betrieblichen Interessenvertretungen bei der Planung und Durchführung der Sammlung wie der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen und personenbeziehenden Arbeitnehmerdaten mitzubestimmen, im Sinne der Rechtsklarheit abgesichert und vor dem Hintergrund veränderter Bedingungen ausgebaut werden,
- 1 Mitbestimmungsrechte bei Maßnahmen des Arbeitgebers zur Realisierung
- 1 des Arbeitnehmerdatenschutzrechts geschaffen werden,
- 1 der für die Verarbeitung der Arbeitnehmerdaten verantwortliche Arbeitgeber zur Auskunft gegenüber den Betriebs- und Personalräten verpflichtet werden,

- I Betriebs- und Personalräte, wie nach der geltenden Rechtslage, nicht als Dritte im Sinne des BDSG gelten und die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Daten auch elektronisch bereitgestellt bekommen,
- I Betriebs- und Personalräte bei der Ausstattung mit Mitteln der Informations- und Kommunikationstechnik zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht diskriminiert werden dürfen,
- I betriebliche Interessenvertretungen erleichterten Zugang zu externen Beratungskapazitäten in Fragen der Informationsverarbeitung erhalten,
- I Personen und Institutionen, die Aufgaben und Befugnisse nach dem BetrVG wahrnehmen, dafür auch zweckgebundene Adressdaten der Beschäftigten und deren elektronische Anschriften nutzen dürfen,
- I Betriebs-, Personalräte und Gewerkschaften uneingeschränkter und gleichberechtigter Zugang zu den elektronischen Kommunikationsnetzen eingeräumt wird, die der Arbeitgeber in betrieblichen Zusammenhängen nutzt,
- I der Betriebs- und Personalrat nur von einem mitbestimmten Datenschutzbeauftragten überprüft werden kann, ansonsten wie bisher nur von der Aufsichtsbehörde,
- I die Beteiligung der Interessenvertretungen bzw. der Arbeitnehmer bei der Einführung und Anwendung von Zertifizierungen sichergestellt wird,
- I die Betriebs- und Personalräte sich unter Angabe von Sachverhalt und Unterlagen an die Aufsichtsbehörde und/oder Schiedsstelle wenden können,
- I die betrieblichen Interessenvertretungen bei Auftragsvergabe von Personaldatenverarbeitung, wie bisher, der Zweckbestimmung unterliegt.

Jens Mohrherr

Opferentschädigung:

Stalking ist kein tätlicher Angriff

Stalking-Opfer, also Personen, die unter beharrlichen Nachstellungen gelitten haben, können nur unter bestimmten Voraussetzungen mit Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz rechnen.

Der Fall:

Die inzwischen 60-jährige Frau hatte mehrere Monate mit einem alkoholkranken Mann zusammengelebt. Als sie versuchte, die Beziehung zu beenden, akzeptierte der Mann dies nicht. Er lauerte ihr immer wieder auf, um sie zu verfolgen und mit ihr zu sprechen, rief sie zu jeder Tages- und Nachtzeit an und sandte ihr SMS, Briefe, Postkarten und „Geschenke“. Darüber hinaus veranlasste er Einsätze von Polizei, Notarzt und Feuerwehr zur Wohnung der Frau. Wiederholt kam es zu Bomben- oder Todesdrohungen gegenüber der Frau und ihren Familienangehörigen. Über den Zeitraum der Nachstellungen kam es, abgesehen von einem Griff an den Arm mit Herumreißen der Frau, nicht zu körperlichen Übergriffen. Die Frau wechselte infolge der jah-

relangen Nachstellungen zweimal ihre Wohnung und ließ Auskunftssperren (Adresse, Telefonnummer) einrichten. Sie erkrankte schließlich an einer posttraumatischen Belastungsstörung; die Erkrankung führte zur Schwerbehinderung.

Das Bundessozialgericht:

Nach dem Opferentschädigungsgesetz kann Versorgungsleistungen beanspruchen, wer infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriffs eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat. Stalking, das seit 2007 ein besonderer Straftatbestand ist, ist nicht generell als tätlicher Angriff im Sinne des Opferentschädigungsgesetzes zu werten. Dieser Begriff setzt grundsätzlich eine in feindlicher Willensrichtung unmittelbar auf den Körper eines anderen zielende gewaltsame Einwirkung voraus. Je geringer dabei die Kraftanwendung durch den Täter ist, desto genauer muss geprüft werden, inwiefern durch die Handlung eine Gefahr für Leib oder Leben des Opfers bestand. Die Drohung mit Gewalt ist nur als tätlicher

Angriff anzusehen, wenn die Gewaltanwendung unmittelbar bevorsteht. Hingegen reichen „gewaltlose“, insbesondere psychische Einwirkungen auf das Opfer nicht aus.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 7. April 2011-B9VG 2/10 R

Polizeidienst

Straftatverdacht führt zur Kündigung

Der dringende Verdacht gegen einen Polizeiangehörigen, dieser habe gegen das Betäubungsmittelgesetz verstoßen, rechtfertigt die Kündigung des Arbeitsverhältnisses. Das gilt auch, wenn das Fehlverhalten außerhalb der Arbeitszeit begangen wurde.

Arbeitsgericht Berlin,
Urteil vom 29. März 2011 – 50 Ca
13338/10